

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

144 (25.6.1914)

Seite 8.
hergestellt.
Inkungen.
Unterleibs-
Gebunden-
hsbad
asse 136
ch & C
etroffen
he
hen
Fig.
an
eren
Fig.
an
men
Fig.
1898
zialien
land:
eeren
Fig.
ch & C
he
eis
odu
vants
Garantie von
in verkauft,
von 54 M an.
1896
Kühler,
je 25.
vollst. Vert.
u. Matrize
erlaufen.
Stod. 1833
Matrize u.
Franz. Vert.
Kommobe.
Grant & S. M.
1874, 1875, 1876
n Betten u.
offenbed.
und billigsten
Geschäft N.
25. 16
gen Korb-
gesticht
abzugeben.
patterre.
eigerung.
Juni d. J.
beginnend,
I. I. Statier-
de braune
hrr, zwei-
stättigt,
en,
hrr, eine
schirteile,
gegenstände
enten jeder-
1. Juni 1914.
ffer- und
decke.
n Möbel-
(bei Regen
ragt billig
ger,
telefon 3566.

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Aufgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 65 P.; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich. Geschäftsstunden: 7 bis abends 7/7 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481. Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 P. Lokalinserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gess & Cie., Karlsruhe.

Nationalliberale u. Konservative gegen Arbeiterforderungen.

In der gestrigen Landtags-Sitzung kam endlich der sozialdemokratische Antrag zur Milderung der Schranken der Arbeitslosigkeit zur Beratung. Nach dem Votum bei früherer Behandlung dieser Frage in der Kammer hätte man eine glatte Erledigung dieser Frage erwarten dürfen. Leider traf diese Annahme nicht zu. Wie in anderen Dingen, so haben auch hier die Nationalliberalen einen beträchtlichen Schritt nach rückwärts gemacht. Nachdem Genosse Böttger in wirksamer Weise die Notwendigkeit der Arbeitslosenversicherung begründet hatte, machte der nationalliberale Parteichef Rebmann verschiedene Bedenken geltend. Anscheinend befriedigte jedoch Herr Rebmann den rechten Flügel seiner Fraktion nicht, weshalb noch im Laufe der Debatte die Herren Ringwald und Niederbühl auf dem Plane erschienen, um den antisozialen Unternehmerstandpunkt recht kräftig zu vertreten. Zutreffend bezeichnete daher Genosse Böttger in seiner Erwiderung die Ausführungen Niederbühls als eines ostentativen Krauthüners würdig, während Genosse Kolb vor allem das politische Moment im Auftreten des nationalliberalen Reaktionärs kennzeichnete, nachdem Genosse Kramer noch eine Reihe sachlicher Gründe für die Arbeitslosenversicherung beigebracht hatte. In der Abstimmung kam dann der von der Kommission abgeänderte sozialdemokratische Antrag auf Bewilligung von 25 000 Mark für die Arbeitslosenversicherung, sowie der Antrag auf eine reichsgesetzliche Arbeitslosenversicherung zur Annahme. Konservativ und nationalliberale Abgeordnete waren es jedoch, die gegen diese Anträge stimmten. Die Arbeiterchaft wird sich diese Abstimmung einprägen und bei den nächsten Wahlen Quittung hierfür erteilen.

Eine ähnliche wenig soziale Haltung konnte man bei der Abstimmung über die Liegenheitsanträge beobachten, bei der die Konservativen sowie ein großer Teil der Nationalliberalen und des Zentrums die Grundstücksbesitzerwünsche recht wirksam vertraten, dagegen die Mieterinteressen nicht in dem Maße beachteten, wie dies mit Recht ein sozialdemokratischer Antrag wünschte. Die gestrige Sitzung ist daher weitgehendster Beachtung wert.

97. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

gr. Karlsruhe, 24. Juni.

Präsident Rohrbach eröffnet die Sitzung um 9.30 Uhr.
Am Regierungstisch: Minister v. Bodman und Kommissäre.

Arbeitslosenversicherung.

Abg. Böttger (Soz.) berichtet namens der Kommission über den Antrag Kolb (Soz.) bezüglich Arbeitslosenversicherung sowie über die einschlägigen Petitionen der christlich-nationalen Arbeiterverbände. Der 1. Teil des Antrags Kolb, der verlangt, daß in den Etat 30 000 M. (zuerst forderte der Antrag 100 000 M.) eingestellt werden, um auf Ansuchen diejenigen Gemeinden mit Beträgen in bestimmter Höhe zu unterstützen, die die Arbeitslosenversicherung eingeführt haben, wurde abgelehnt. Dagegen wurde der Kommissionsantrag angenommen, der verlangt, daß in den Etat 25 000 M. eingestellt werden, um auf Ansuchen solche Gemeinden zu unterstützen, die eine Arbeitslosenversicherung haben, sofern diese im wesentlichen mit dem System Freiburger übereinstimmt. Der 2. Teil des Antrags Kolb, der sofortige Übergang in unerschütterlicher Staatsarbeit verlangt, wurde durch die Maßnahmen der Regierung als erledigt erklärt. Der 3. Teil des Antrags Kolb wurde in der Fassung der Kommission, die eine reichsgesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung wünscht, angenommen. Die Petition der christlich-nationalen Arbeiterchaft wurde für erledigt erklärt. Die Kommission bittet um Annahme dieser Anträge. Die Großk. Regierung steht auf dem Standpunkt einer reichsgesetzlichen Arbeitslosenversicherung und schließt sich in dieser Hinsicht der Erklärung des Staatssekretärs Dr. Delbrück im Reichstage an. Die Regierung macht auch grundsätzliche Bedenken geltend. Während sich die Freiburger Arbeitslosenversicherung an das Center System anlehnt, ist dies bei der Arbeitslosenversicherung in den anderen Städten nicht der Fall, weshalb sie von der Regierung als eine verfehlerte Armenpflege bezeichnet wird.

Abg. Welser (Zentr.): Die Frage der Arbeitslosenversicherung berührt unser ganzes Volk. Vor allem muß Arbeitslosigkeit geschaffen werden, um die Arbeitslosigkeit zu beheben. Eine diese Frage behandelnde Interpellation unserer Fraktion wurde zurückgezogen, weil die Frage ohnehin heute zur Sprache kommen mußte. Die Arbeitslosigkeit wirkt verheerend. Die Gewerkschaften wirken hier durch ihre Unterstützung für sorgfältig. Es muß jedoch etwas unternommen werden, um die Schäden der Arbeitslosigkeit für die Arbeiter zu verhindern. Es ist unnatürlich, daß 100 000 deutsche Arbeiter arbeitslos sind, während 1 Million fremder Arbeiter in Deutschland arbeitet. Hierdurch wird manchem deutschen Arbeiter das Brot genommen. Die Arbeitslosenfrage ist reichsgesetzlich zu lösen. Zu den Kosten müssen neben den Arbeitern das Reich, die Bundesstaaten und die Gemeinden beitragen. Die Bedenken des Bundes der Metallindustriellen gegen die Arbeitslosenversicherung sind unbegründet. Die Befürchtungen dieser Leute bedeuten schwere Vorwürfe gegen die Arbeiterchaft. Ebenso gut wie die Mittel für die Landwirtschaft, sollten auch die Mittel für die Arbeitslosenversicherung bewilligt werden.

Abg. Böttger (Soz.): begründet folgenden Antrag: „1. in den Etat den Betrag von 30 000 M. (ursprünglich 100 000 M. und dann in der Kommission auf 30 000 M. abgeändert) einzustellen, woraus denjenigen Gemeinden, die eine Arbeitslosenversicherung eingeführt haben, auf Ansuchen Zuschüsse in Höhe der Hälfte der von ihnen für diesen Zweck aufgewendeten Summen überwiesen werden, 2. zur Milderung der herrschenden und weiter drohenden Arbeitslosigkeit die noch unerledigten Staatsarbeiten sofort zur Ausführung zu bringen, 3. im Bundesrat dahin zu wirken, daß alsbald eine reichsgesetzliche Arbeitslosenversicherung geschaffen wird.“

Die Schrift der Metallindustriellen, mit der ich mich einigangs befaßt habe, steht grundsätzlich auf dem Standpunkt, jegliche Arbeitslosenversicherung zu bekämpfen. Der Verband betrachtet in seiner Schrift die ganze soziale Gesetzgebung als ein notwendiges Übel und konstatiert, daß überhaupt keine Arbeitslosigkeit besteht. Wie es mit dem Arbeitsnachweis der Industriellen steht, können wir in Mannheim sehen. Ich konstatiere demgegenüber, daß eine große, umfangreiche Arbeitslosigkeit besteht, wenn auch infolge besserer Konjunktur in letzter Zeit eine Besserung eintrat. Dem halbjährlichen Landesamt zufolge ist in der Aufwärtsbewegung jedoch bereits wieder eine Stodung eingetreten. Man kann daher auch heute noch von einer weite Kreise umfassenden Arbeitslosigkeit reden. Wir vertreten die Ansicht, daß diese regelmäßig wiederkehrenden Wirtschaftskrisen der

Arbeitslosen kapitalistischen Produktionsweise entkommen. Eine geregelte Produktion würde diese Missetände zu beistehen wissen. Es kommen allerdings auch Mitterungseinflüsse, wie bei den Bauarbeitern, hinzu, sowie vor allem Wirkungen der Politik. Wichtig ist allerdings auch, daß durch die ausländischen Arbeiter viel Arbeit weggenommen wird. Die Gewerkschaften haben allerdings ein Mittel gefunden, diese Frage zu lösen, indem sie die ausländischen Arbeiter organisieren und dadurch bewirken, daß diese die gleichen Löhne wie die inländischen Arbeiter verlangen, wodurch eine Unterbietung der Löhne verhindert wird. Die Arbeitslosigkeit hat die

schwerdlichsten und verheerendsten Wirkungen sowohl für die betroffenen Arbeiter, wie für deren Familien. Es läßt sich direkt ein Anschwollen der juristischen Delikte konstatieren, wenn die Arbeitslosigkeit zunimmt. Auch die

Selbstmordstatistik

verzeichnet in diesen Jahren der Not eine Zunahme. In den Zeiten schwerer Arbeitslosigkeit kann man oft lesen, daß sich ein Arbeiter das Leben nahm, weil er keine Familie nicht mehr ernähren konnte. Auch die Zahl der Ehescheidungen und die Geburten geben in diesen Krisenjahren zurück. Jedoch auch andere Bevölkerungsklassen werden betroffen, wenn der Arbeiter kein Geld hat. Landwirtschaft und Handel leiden darunter. Wiederholt wurde verurteilt, die Behörden für diese Frage zu interessieren. Wir müssen nun bedenken, daß die Wittwen von einer Institution an die andere verwiesen werden. Infolge des Armenbudgets haben die Gemeindeverwaltungen in erster Linie ein Interesse daran, die Schäden der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Man ging zu Notarbeiten über; doch kommen hierfür nur einzelne Arbeiterkategorien in Betracht. Ein Goldarbeiter würde zeitweilig die Geschäftlichkeit seiner Hände ruinieren, wenn er Steine kopfen würde. Die Städte sind daher zu Versicherungen gegen Arbeitslosigkeit übergegangen, wobei sie sich zum Teil mit den Gewerkschaften ins Benehmen setzten. Von diesem Center System, mit den Gewerkschaften in Verbindung zu treten, hat bisher nur Freiburg Gebrauch gemacht. Die Regierung lehnt jedoch eine Unterstützung der Gewerkschaften als Kampfororganisation ab. Dies ist jedoch nicht richtig; denn die hierfür zu bewilligenden Gelder kommen ja nur den Arbeitslosen zugute. Unter der Intelligenz der Unorganisierten dürfen die anderen Arbeiter nicht leiden. Wir bitten daher die Regierung, für eine reichsgesetzliche Arbeitslosenversicherung einzutreten, denn die Frage ist hinreichend geklärt. Bis die reichsgesetzliche Arbeitslosenversicherung in Kraft treten würde, werden die Lasten der Reichsversicherungsordnung längst veratmet sein. Bei anderen Fragen richtet sich die Regierung auch nicht nach der Verbarung.

Wie stand es hiermit bei der letzten Militärvorlage?

Die Regierung sollte daher die verlangten 25 000 M. für die Arbeitslosenversicherung bewilligen und prinzipiell sich für die Arbeitslosenversicherung erklären und für sie eintreten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Minister v. Bodman: Der Berichterstatter hat in seinem eingehenden, streng sachlichen gedruckten Bericht die Regierungserklärung bereits ausführlich behandelt, daß ich mich kurz fassen kann. Ich betrachte die Arbeitslosigkeit als ein großes Übel, sowohl für die Arbeiter wie für weite Kreise. Wer einmal das Schicksal eines hungernden Arbeitslosen sah, der kann an der Bedeutung dieser Frage nicht vorübergehen. Dies erkannte die große Regierung auch immer an. Deshalb ließ ich eine Denkschrift hierüber herausgeben, die dann Gegenstand der Diskussion war. Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind Aufgabe aller Beteiligten. Zur Verhütung der Arbeitslosigkeit ist die Regierung, was in ihren Kräften stand, Man wird versuchen, Staatsarbeiten in die geschäftstillen Zeit zu verlegen. Es hat dies zwar auch Bedenken, da gerade in der Geschäftsstillen Zeit weniger gearbeitet werden kann. Diese Frage ist daher nicht leicht. Von den Gemeinden sind verschiedene Maßnahmen herbeigezogen worden; vor allem die Arbeitslosenversicherung. Die Arbeitslosenversicherung, darüber sind wir einig, kann nur gelöst werden durch das Reich und auf Grund eines Zwanges. Ein einzelner Bundesstaat müßte die Arbeitslosen angehen, wenn er sie allein einführt. Herr Staatssekretär Delbrück meinte nicht, daß die Frage überhaupt noch nicht spruchreif sei, sondern er meinte nur, daß eine alle Arbeiterkategorien umfassende Arbeiterversicherung noch nicht spruchreif sei. Auch der deutsche Stadtag fordert eine Versicherung für jene Arbeiter das Wort, die im Winter beschäftigungslos sind. Vielleicht kann man auf diese Weise eher zum

Ziele kommen, als es jetzt den Anschein hat. Es ist auch nötig, die Wirkungen der Reichsversicherungsordnung abzuwarten. Auch wird von den Arbeitgebern geltend gemacht, daß sie unter der Arbeitslosigkeit schwer leiden, ohne daß sie einen Bestand haben. Auch wies der Staatssekretär darauf hin, daß eine nicht genügende Ueberfrucht bestände und die Arbeitsnachweise nicht genügend ausgebaut seien. Dies ist keine Ausrede, wie Abg. Böttger meinte, weshalb ich diesen Ausdruck bebaure. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Arbeitslosenfrage nach Lösung drängt, schließe mich jedoch der Ansicht Delbrücks an. Die Vornahme dieser Frage durch die Gemeinden begrüße ich. Die freiwillige Versicherung habe verjagt. Wenn die Gemeinden jedoch nach dem Center System verfahren und die Gewerkschaften unterstützen, so sind, nach Beratung der freiwilligen Versicherung, nur die Organisierten versichert. Es kam mir daher ein anderer Gedanke. Ich habe diesen Gedanken weiter verfolgt und ließ einen Gesetzentwurf ausarbeiten, der die Gemeinden in den Stand setzen sollte, durch Zwangsgesetz eine Arbeitslosenversicherung einzuführen. Die Kosten wären zu teilen gewesen zwischen Arbeiter, Gemeinde und Staat. Eine nähere Prüfung dieser Sachlage hat jedoch ergeben, daß dieser Weg nicht gangbar ist. Denn die Gemeinden würden dann zum Anziehungspunkt der Arbeitslosen werden. Auch würde die hierdurch entstehende Belastung eine bedeutende Erhöhung der Umlagen zur Folge haben. Ich habe daher diesen Weg für ungangbar gefunden. Nun sind einzelne Gemeinden dazu übergegangen, eine Arbeitslosenversicherung zu schaffen, die Organisierte und Unorganisierte gleich behandelt. Ich stehe nun auf dem Standpunkt, daß sich der Arbeiter erst selbst helfen soll durch Ersparnis, sei es mit Hilfe seiner Kollegen oder sonst. Andererseits bedürfen jedoch gerade die Unorganisierten der Hilfe. Wegen einer Unterstützung des Freiburger Systems habe ich eingewendet, daß eine solche Unterstützung nicht erbeten und auch nicht erforderlich ist, da die Städte auch Vorteile von der Industrie haben. Dann aber hat die Regierung auch grundsätzliche Bedenken, da das System Freiburger auf eine Unterstützung der Berufsorganisationen hinausläuft. Diese sind jedoch Kampfororganisationen und der Staat würde damit aus seiner Unparteilichkeit heraustreten. Eine Unterstützung wäre eine Aufforderung an die Unorganisierten, der Organisation beizutreten und dann könnten die Organisationen die hierdurch freierwerbenden Mittel für andere Dinge verwenden. Eine reine Arbeitslosenversicherung, ohne Versicherung, wäre jedoch ein Übergang zur staatlichen Armenpflege. Wenn andere Städte z. B. die Landwirtschaft und Industrie aus Staatsmitteln unterstützt werden, so kommt dies auch den Arbeitern zu gute. Im übrigen werde ich alles tun, was in meinen Kräften steht, um die Notlage zu mildern.

Abg. Rebmann (natl.): Ich kann es verstehen, wenn der Minister eine Zurückhaltung übt. Denn wir stehen vor einem Trümmerfeld. Meine Fraktion wird daher den Anträgen nicht, wie früher, geschlossen zustimmen. Für das Gewerbe besteht heute eine schwere Depression. Die Unternehmer sind infolge der Krise schimmer gestellt als der Arbeiter selbst. Auch ist es noch nicht gelungen, den Begriff der Arbeitslosigkeit so zu erfassen, daß er gesetzlich definierbar wäre. Man kann ja dem Ringen der Arbeiterchaft keine volle Sympathie widmen, wenn auch die hierbei benutzten Waffen vielfach zu bekämpfen sind. Man muß es als ein großes nationales Unglück ansehen, wenn der Arbeiter nicht auch seine volle Pflicht tut, sondern nur ein Minimum seiner Pflicht erfüllt. Ich meine zwar, daß wir hierdurch noch nicht in höherem Maße geschädigt würden, wenn auch die Arbeiterchaft durch diese Strömungen in ein übles Licht kam. Wenn man vorurteillos die Gründe gegen die Arbeitslosenversicherung liest, so kann man nicht darüber hinwegkommen. Ein Teil meiner Freunde wird daher gegen den Antrag stimmen, ich selbst und andere meiner Freunde stimmen dafür. Die Industrie verdrängt die sozialen Lasten schwer und hat heute die Reichsversicherungsordnung noch nicht veratmet. Wenn ich für den Antrag eintrete, so aus dem allgemeinen Gedanken, die der Minister vorbrachte, da die Vorgänge im Wirtschaftsleben begründet sind, berührt die Frage die Allgemeinheit. Die Frage läßt sich nur durch das Reich regeln.

Abg. Muser (Kortstr.): In dieser Frage sind nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Unternehmer und der Staat interessiert. Es steht fest, daß die Arbeitslosigkeit die wirtschaftliche und sittliche Natur der Arbeiter schwer gefährdet. Die Arbeit an sich ist im Interesse der Menschen nötig, um große Gefahren zu verhüten. Es mangelt eine großzügige Durchführung der Arbeitsnachweise. Eine organisierte Arbeitsvermittlung wäre also wertvoll; besonders wenn die Verkehrsanstalten dann die Vermittlung übernehmen würden. Wer dafür sorgt, daß die Menschheit Arbeit findet, der konsolidiert die menschliche Gesellschaft. Je mehr Arbeiterfürsorge, umso weniger Delikte und Zuchthäuser. Es ist in Deutschland kein Ausnahmefall, daß die Regierung aus ihrer Neutralität heraustretet. Ist unsere ganze Gesetzgebung nicht ein Eintreten für die Kampfororganisationen. Wenn wir versichern gegen die Folgen physischer Ursachen; warum sollen wir nicht versichern gegen die Folgen wirtschaftlicher Ursachen. Eine allgemeine Existenzversicherung des ganzen Versicherungsgedankens: eine Versicherung Aller gegen Alle. Der Pflicht zur Arbeit muß die Versicherung gegenüberstehen. Mit einer allgemeinen Existenzversicherung wären die Bedenken gegen die Arbeitslosenversicherung erledigt. Den Minister möchte ich bitten, für die Arbeitslosenversicherung einzutreten.

Abg. Dertle (konf.): Wir lehnen den Antrag Weichhals ab. Für die Arbeiterversicherungen bringt das Reich ganz gewaltige Summen auf. Wir lehnen auch den Kommissionsantrag ab, 25 000 Mark für die Arbeitslosenversicherung in das Budget einzusetzen. Das Land würde die Schaffung einer Arbeitslosenversicherung nicht vertreten.

Abg. Niederbühl (natl.) äußert sich als Vertreter des Gewerbe- und Handwerkerstandes. Fast durchweg wird die Ansicht vertreten, daß eine staatliche Arbeitslosenversicherung nicht in Betracht kommen kann, oder zum mindesten verfrüht ist. Diese Bedenken teile auch ich. Die Zahl der Arbeitslosen ist nicht so groß wie angenommen wird. Zum Beschaffen der

Schneemassen in Berlin waren nicht genügend Arbeiter vorhanden. Aehnlich lag es in München. Das Wort arbeitslos ist daher sehr mit Vorsicht aufgenommen worden. Man trifft hierbei auch viele Arbeitslose, denen die Lust zum Arbeiten, von bösen Leuten genommen wurde. Es kann von einer Arbeitslosigkeit keine Rede sein, denn eine Million fremder Arbeiter mußte nach Deutschland gezogen werden. Die Folgen der Streiks sind vielfach Ursache der Arbeitslosigkeit. Der Mittelstand ist in den letzten Jahren durch Steuern und Abgaben stark belastet worden. Ich bitte Sie, diese Fragen wohl zu erwägen und daran zu denken, wozu die Konsequenz der Arbeitslosenversicherung führt. Sobald der Arbeiter durch die Versicherung gedeckt wird, schwindet der Wille zur Arbeit und das Verantwortlichkeitsgefühl. Die Gewerkschaften geben große Mittel für Streiks und zur Unterstützung ausländischer Gewerkschaften aus. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Diese Summen wären besser in Deutschland verwendet worden. Aus den verschiedenen Gründen muß von einer staatlichen und kommunalen Arbeitslosenversicherung abgesehen werden.

Abg. Maft (Centr.): Der Grund der Arbeitslosigkeit liegt vielfach im Zuzug der ausländischen Arbeiter. Es liegt jedoch nicht in der Macht der Arbeiter, diesen Zuzug zu verhindern. Den ganzen Kammer der Arbeitslosigkeit kann nur der erste, der davon betroffen wurde. Die Arbeitslosenversicherung kann daher nur begründet werden. Nur der kleinste Teil der Arbeiter gehört zu den Arbeitslosen. Die allermeisten Arbeiter wollen arbeiten und sind froh, Arbeit zu finden. (Bravo!) Ich möchte wünschen, daß die Forderung die gleiche Zustimmung finden möge, wie seiner Zeit die Forderungen der Landwirtschaft. (Beifall beim Centrum und bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Müller-Eppingen (Konf.): Auf dem Lande ist ein großer Arbeitermangel vorhanden. Es nimmt nicht wunder, wenn die Sozialdemokraten die Arbeitslosenversicherung wollen, nachdem sie oft durch Streiks die Arbeitslosigkeit herbeiführen. Im übrigen schließe ich mich dem Herrn Niederbühl an.

Präsident Nothurst bittet, daß die Fraktionen sich verständigen um Fraktionsredner aufzustellen, um bis zum Schluß des Landtages — am nächsten Mittwoch — das Pensum fertig zu erledigen.

Hierauf verlas sich das Haus auf nachmittags 4 Uhr. Schluß der Sitzung: 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Präsident Nothurst eröffnet die Sitzung um 4 Uhr. Am Regierungstisch: Minister v. Bodman und Kommissare.

Als erster Punkt der Tagesordnung wird die Abstimmung über die

Anträge zur Hypothekennot und zur steuerlichen Belastung des städtischen Grundbesitzes

vorgenommen.

Der Antrag Dr. Koch (Nat.) auf Ermäßigung der den Vermögensbesitzer belastenden Steuern wird einstimmig angenommen. — Der Kommissionsantrag, bei Zwangsversteigerungen die Interessen der Hypothekengläubiger möglichst zu berücksichtigen, wird einstimmig angenommen. — Die Petition der Grund- und Hausbesitzervereine wird erledigt erklärt. — Der Antrag Dr. Koch (Nat.) auf steuerliche Erleichterung der städtischen Grund- und Hausbesitzer in den Städten der Städteordnung wird mit 84 Stimmen gegen 22 Stimmen der Nationalliberalen und einiger Mitglieder des Zentrums und der Konservativen abgelehnt. — Der Antrag Benschach (Konf.) auf Befreiung der Schuldenabgabe bei der Gemeindebesteuerung in den Städten der Städteordnung wird mit allen gegen die Stimmen der 5 Konservativen und eines Mitgliedes des Zentrums abgelehnt. — Der Antrag Dr. Götter (Konf.) auf Befreiung der Hypothekennot wird einstimmig angenommen. — Die Petition der badiischen Mietervereine um Schutz der Mieterinteressen bei Gewährung von Hypotheken durch die Gemeinden an Hausbesitzer wird zur Kenntnisnahme überwiesen. Der Antrag Dr. Franz (Soz.), diese Petition empfehlend zu überweisen, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Fortschrittler mit Ausnahme Götters und einiger Mitglieder des Zentrums abgelehnt.

Fortsetzung der Beratung des sozialdemokratischen Antrags zur

Arbeitslosenversicherung.

Abg. Ringwald (Nat.): Ich machte in meiner 50jährigen Tätigkeit die Erfahrung, daß mehr ein Mangel an Arbeit als an Arbeit vorhanden ist und daß der Alkohol hierbei eine Rolle spielt. Mit der Arbeitslosenversicherung rütteln wir in Folge der Lasten an den Grundpfeilern unseres Staates.

Abg. Kopf (Centr.) wendet sich gegen die vom Abg. Muser befürwortete Existenzversicherung. Wir stimmen für die Anträge der Kommission. Die Frage kann jedoch nur vom Reich gelöst werden. Auch in unseren Reihen wenden sich Stimmen gegen die Einführung einer Zwangsversicherung in den nächsten Jahren. Ich würde es auch für bedenklich halten, wenn wir im jetzigen Moment die Arbeitgeber mit einer Zwangsversicherung belasten. Auch viele Arbeiter sind keine Freunde einer Zwangsversicherung. Eine Arbeitslosenfürsorge wäre ein Eingreifen in die Armenpflege. Anders liegt es bei einer Arbeitslosenversicherung. Wenn die Arbeitslosenversicherung einige Jahre länger besteht, werden sich auch die Nichtorganisierten beteiligen. Es ist nicht richtig, daß die Arbeiterorganisationen nur Kampforganisationen sind; sie sind doch auch Unterstützungsorganisationen. Auch läßt sich diese Art der Organisation nicht umgehen; die Unternehmer organisieren sich doch auch.

Abg. Kramer (Soz.): Ich möchte einen Unternehmer zitieren, der entgegen den anscheinenden Vertretern der Unternehmer sich für die Arbeitslosenversicherung ausspricht. Geringfügig der Einführung der Arbeitslosenversicherung in Zürich sprach sich nämlich der Vorsitzende der Bauhandwerker in Zürich für die Arbeitslosenversicherung aus. Aus diesem Grunde befürwortete dieser Großunternehmer lebhaft das Gesetz und erklärte, daß den Kampforganisationen der Arbeiter eine große kulturelle Bedeutung zukomme. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß man die Gewerkschaften bei kulturellen Aufgaben unterstützen soll. Dies ist wichtiger, als die Arbeitslosenversicherung mit alten, nichtstigmatisierenden Worten abzutun. Es ist nicht richtig, daß die Großregierung die Neutralität verletzen würde, wenn die Regierung die Arbeiterorganisationen bei der Arbeitslosenversicherung unterstützen würde. Wie oft schon haben Regierungen die

Neutralität im Kampfe zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern verletzt. Hunderte von Beispielen können hier angeführt werden. Dieses Argument ist daher nicht ernst zu nehmen. (Präsident Nothurst: Die Argumente der Regierung sind immer ernst zu nehmen.) Und wie arbeiten erst die Unternehmer mit schwarzen Listen. Angenommen

der Minister käme auf eine schwarze Liste. Er würde sehen, daß es ihm schwer fallen würde, Arbeit zu finden. Vergebens würde er sich in Berlin oder München nach Arbeit umsehen. Er würde sowohl in Berlin wie in München abgewiesen werden. (Große Heiterkeit im ganzen Saale.) Es ist falsch, die ausländischen Arbeiter als Feinde zu betrachten. Wo führt ein solcher Standpunkt hin? Auch unsere Arbeiter gehen ins Ausland. Man muß versuchen, die ausländischen Arbeiter zu organisieren. Dies führt zum Ziele. Am meisten werden durch die Arbeitslosigkeit die kleinen Kaufleute und Handwerker geschädigt. Wenn der Arbeiter nicht arbeiten kann und kein Geld hat, so daß er gleichsam vegetieren muß, werden gerade diese Leute geschädigt, weil der Arbeiter nichts kaufen kann. Der Arbeiter ist gezwungen, Schulden zu machen, wenn er keine Arbeit findet, wodurch Hausbesitzer und andere besitzenden Schichten durch die Arbeitslosigkeit schwer getroffen werden. Die Arbeitslosenversicherung liegt daher im allgemeinen Interesse. Ebenso wie die Gründe gegen die Krankenversicherung unberücksichtigt sind, sind auch die gegen die Arbeitslosenversicherung unbegründet.

Abg. Vöttger (Soz.): Die Gemeinden, die bisher die Arbeitslosenversicherung einführen, werden in aller nächster Zeit mit Wünschen um Unterstützung für die Arbeitslosenversicherung an die Regierung herantreten. Zu den verschiedenen Einwänden gegen die Arbeitslosenversicherung möchte ich folgendes bemerken. Es wurde darauf hingewiesen, daß in erster Linie die Organisierten Vorteile von einer Arbeitslosenversicherung haben. Ich möchte betonen, daß selbstverständlich auch die Nichtorganisierten Vorteile von einer Arbeitslosenversicherung haben müßten. Ich glaube, daß für eine Versicherung nicht die großen Beträge nötig sind, die der Minister befürwortete. Aber die Rede Niederbühls habe ich mich sehr gewundert. Er hat mit einer solch verbiessenen Wort von der Arbeitslosenversicherung gesprochen, wie dies ein selbstlicher Krautjunker nicht scharfmacherischer vorbringen konnte. (Präsident Nothurst: Es wird nicht mit verbiessener Wort gesprochen.) Der Abg. Niederbühl hat selbst die Konservativen übertrifft. Der Abg. Niederbühl sprach vom Wohlwollen gegen die Arbeiter. Hier muß jedoch Farbe gezeigt werden und nur eine materielle Unterstützung kann da helfen. Es gibt keine Arbeiterführer, die Arbeiter gewissenlos in den Streik treiben. Ich bedaure, daß vom Kollegen Niederbühl eine solche Rede in hohen Tönen gehalten wurde und ich bedaure, daß christliche Arbeiter einen solchen Mann in den Landtag wählten. Ich wünsche daher, daß die christlichen Arbeiter die Rede Niederbühls in einem Flugblatt lesen

würden. Die christlichen Arbeiter müßten politische Trolche sein, wenn sie nochmals einen solchen Nationalliberalen wählen. Dem Abg. Ringwald möchte ich sagen, daß England uns in der Arbeitslosenversicherung überholte. Der beste Schutz gegen ausländische Arbeiter ist deren Aufklärung, damit eine Lohnunterbietung aufhört. Ich möchte daher wünschen, daß die wichtige Frage der Arbeitslosenversicherung ihrer Lösung nahe kommt. Zum Schluß möchte ich dem Abg. Niederbühl noch sagen, daß sich die Gewerkschaftsbewegung große Verdienste um die Arbeiter erworben hat, weshalb es nicht angebracht ist, Schmähungen über die Gewerkschaften auszusprechen. (Präsident Nothurst: Es haben keine Schmähungen stattgefunden.)

Abg. Welger (Centr.) konstatiert, daß mehr Sozialdemokraten nationalliberale Stimmzettel abgaben, als die christlichen Arbeiter.

Abg. Ringwald (Nat.): Ich bin kein prinzipieller Gegner der Arbeitslosenversicherung. Ich wünsche nur eine Regelung durch das Reich.

Abg. Koll (Soz.): Ich möchte gegenüber Welger feststellen, daß die Nationalliberalen, die wir früher unterstützten, im letzten Landtag für die Arbeitslosenversicherung waren. Das uns jedoch vom Zentrum trennt, das war der Umstand, daß es bewußt scharfmacherische Nationalliberale

in den Landtag wählte, um so Leute hineinzubringen, die Front gegen solche Arbeiterforderungen machen. Auch ich möchte wünschen, daß die Rede Niederbühls als Flugblatt gedruckt wird, um Aufklärung zu schaffen. Ich hoffe, daß die Rede Niederbühls bei den nächsten Wahlen Früchte trägt.

Abg. Niederbühl (Nat.): Ich weiß den Ausdruck scharfmacher zurück. Ich sprach auch als Vorsitzender des Handwerkerverbandes. Ich habe auch noch nie um Ihre Stimmen (zu den Sozialdemokraten) gebeten.

Abg. Kopf (Centr.) konstatiert, daß der „Volksfreund“ auch gegen den jetzigen Abg. Wagner eine Attade vornahm und hintennach wählten ihn die Arbeiter doch.

Es folgen die Abstimmungen. Der Kommissionsantrag, 25 000 M. in den Etat einzufügen zur Unterstützung der Städte, die eine Arbeitslosenversicherung nach dem Muster Freiburgs einführen, wird gegen insgesamt 9 Stimmen und zwar der Konservativen Heris, Benschach, Fischer und Müller-Eppingen, sowie der Nationalliberalen Niederbühl, Rehm, Dr. Wagner, Ringwald und Muser angenommen. — Der Antrag Wegold (Soz.), im Bundesrat für eine reichsgesetzliche Arbeitslosenversicherung einzutreten, wird gegen insgesamt 5 Stimmen und zwar der Konservativen Heris, Benschach, Fischer und Müller-Eppingen sowie des nationalliberalen Abg. Niederbühl angenommen.

Die Petition der christlich-nationalen Arbeiterschaft wird als erledigt erklärt.

Abg. Dr. Bernauer (Centr.) berichtet namens der Kommission über die Petition einer in Neudorf statthabenden Verammlung um

Aufhebung der Wertzuwachssteuer. Die Kommission beantragt Heberweisung der Petition zur Kenntnisnahme bezw. als Material an die Regierung.

Abg. Kopf (Centr.) nimmt dem Kommissionsantrag zu. In gewissen Fällen hat die Zuwachssteuer eine gewisse Berechtigung. Zu der jetzigen Form kann jedoch die Zuwachssteuer nicht aufrecht erhalten werden. Bei einem neuen Gesetzentwurf müßte die Freigrenze eine erheblich größere sein.

Abg. Dr. Baum (Nat.): Die Wertzuwachssteuer hat auf den Grundbesitzhandel und auf die Bautätigkeit lähmendes eingewirkt. Die Wertzuwachssteuer kann nach meiner persönlichen Ansicht nur eine Gemeindesteuer und keine Staatssteuer sein. Ich stimme dem Kommissionsantrag zu.

Abg. Dr. Götter (Soz.): Wir stimmen dem Kommissionsbeschlusse zu, behalten uns jedoch für späterhin freie Hand vor. Ministerialrat Zimmermann teilt mit, daß sich noch nichts sagen läßt, ob man die Zuwachssteuer nur als Gemeindesteuer verwenden kann und nicht auch als Staatssteuer. Es läßt sich heute noch nicht sagen, wie man den vorzulegenden Gehaltentwurf gestaltet, da hierüber noch Material zu sammeln ist.

Abg. Schöfle (Konf.) hätte es gerne gesehen, wenn man der Petition noch mehr entgegengekommen wäre. Die Petition wird einstimmig als Material zur Kenntnisnahme überwiesen.

Abg. Sed (Soz.) berichtet namens der Kommission über die Petition des Gemeinderats der

Gemeinde Reifals um Heranziehung des staatlichen Rheinwalds daselbst zur Gemeindeumlage. Durch die Rheinorrektion ist eine Schädigung dieser Gemeinde entstanden. Die Gemeinde, die durch Umlagen

kurz, sie waren Menschen, nicht besser, noch schlimmer als andere. Die Unschuld ist ja zumeist ein Glück und keine Tugend; und wer mit ihnen hätte tauschen wollen, der hätte ebenso gehandelt wie sie und diese fürchtbare Aufgabe mit mittelmaßiger Seele erfüllt.

Endlich nahm auch Marie Antoinette, die längst Erwartete, im schwarzen Kleid auf dem Schicksalsstuhle Platz. Der allgemeine Haß war so groß, daß nur die Gerechtigkeit über den Ausgang ihres Prozesses die Wahrung der Formen ermöglichte. Auf die fürchtbaren Fragen antwortete die Angeklagte bald in ihrem angeborenen Konversationsstille, bald auch in gewohntem Hochmut, und einmal, als die Infamie eines ihrer Ankläger sie aufbrachte, mit mütterlicher Würde. Den Zeugen wurden nur Schmähungen und Verleumdungen erlaubt; die Verteidigung war erstarrt. Der Gerichtshof zwang sich zur Wahrung der Formen und wartete, bis alles zu Ende war, um den Kopf der Oesterreicherin ganz Europa vor die Füße zu werfen.

Drei Tage nach Antoinettes Hinrichtung wurde Godelin zu dem Bürger Fortune Trubert gerufen. Er lag ein paar Schritte von dem Militärbureau, wo er seine Lebenskraft erschöpft hatte, auf einem Gurtbett in der Zelle irgend eines vertriebenen Barnabiten und rang mit dem Tode. Sein fahler Kopf war tief in das Kissen gedrückt. Seine Augen, die schon nichts mehr sahen, wandten sich mit verlassenen Blicken nach Evarist; seine fleischlose Hand ergriß die des Freundes und drückte sie mit unerbittlicher Kraft. Er hatte in zwei Tagen dreimal Blut gespiesen. Er versuchte zu sprechen; seine Stimme war anfangs verschleiert und schwach wie ein Wurmeln, dann schwoh sie an und bröhte.

„Battignies! Battignies! ... Jourdan hat den Feind aus seinem Lager gejagt ... Maubeuge ist erlöst ... Wir haben Valenciennes wieder ... Ca ira ... ca ira.“ lächelte er.

(Fortsetzung folgt.)

Die Götter dürsten.

Roman aus der französischen Revolution. Von Anatole France. (Aachdr. verb.)

(Fortsetzung.) Sie zog aus der Tasche eine kleine, silberne Madonnenstatue in einem runden Kapellchen, ein Stück Zucker, Garn, eine Schere, ein Feuerzeug, mehrere Etuis; und nachdem sie sich das Nötige ausgeleuchtet hatte, begann sie ihren Kopf auszuflicken, der an mehreren Stellen zerissen war.

„Zu deiner Sicherheit, Kind, stede dies an deine Frisur“, sagte Brotteaux und gab ihr eine Skarabe in den Nationalfarben.

„Ich will es gern tun, mein Herr“, erwiderte sie, „aber nur Thretwillen und nicht aus Liebe zur Nation.“

Als sie sich angekleidet und sich so hübsch wie möglich zurechtgemacht hatte, nahm sie ihren Kopf mit beiden Händen auf, machte ihren Kniz, wie sie es auf dem Dorfe gelernt hatte und sagte:

„Mein Herr, ich bin Ihre ergebene Dienerin.“ Sie war bereit, ihrem Wohlthäter auf alle Weise erkenntlich zu sein; doch sie fand es passender, daß er um nichts bat und daß sie ihm nichts anbot; es schien ihr artig, ihre Dankeschuld auf geziemendere Art zu begleichen.

Brotteaux drückte ihr ein paar Assignaten in die Hand, damit sie mit dem Marktschiff nach Palaiseaux fahren konnte. Es war die Hälfte seines Vermögens; und obwohl er stets als freigebig gegen die Frauen bekannt war, hatte er doch noch nie eine so gleiche Güterteilung vorgenommen. Sie fragte ihn wie er hieß.

„Maurice, mein Kind.“ Ungern öffnete er ihr die Tür seiner Dachstube. „Neb wohl, Athenais.“ Sie gab ihm einen Kuf.

„Herr Maurice, wenn Sie an mich denken, nennen Sie mich Martha; das ist mein Taufname. So wurde ich auf dem Dorfe genannt ... Adieu und vielen Dank ... Ich bin ihre Dienerin, Herr Maurice.“

Fünfzehntes Kapitel.

Die überfüllten Gefängnisse mußten leer werden. Man mußte richten, richten, ohne Rast und Ruhe. An den mit Knutenbündeln und roten Mützen geschmückten Wänden saßen die Richter, wie bereinst unter den Lilien, mit der Feierlichkeit und der fürchtbaren Ruhe ihrer königlichen Vorgänger. Der öffentliche Ankläger und seine Vertreter, von Arbeit erschöpft, von Schlaflosigkeit und Branntwein erhit, kämpften ihre Müdigkeit nur mit Gewalt nieder, und ihre schlechte Befinden machte sie grimmig. Die Geschworenen, verschieden von Herkunft wie von Charakter, die einen gebildet, die anderen unwissend, feig oder edelmütig, sanft oder bestig, ehrlich oder heuchlerisch, fühlten angefaßt der Gefahr, in der das Vaterland und die Republik schwebte, alle die gleiche Besorgnis oder täuschten sie vor; sie brannten alle in der gleichen Glut, waren alle grausam aus Tugend oder aus Angst, bildeten alle nur ein einziges Wesen mit einem dumpfen, gereizten Kopfe, eine einzige Seele, ein mystisches Untier, das infolge seiner natürlichen Anlage zahllosen Tod gebar. In ihrer Erregung bald wohlwollend, bald grausam und von plötzlichen Anfällen von Mitleid gepackt, sprachen sie unter Tränen einen Angeklagten frei, der sie eine Stunde zuvor mit hämischen Worten verurteilt hätten. Je weiter sie in ihrer Aufgabe kamen, desto ungestümmer folgten sie den Eingebungen ihres Herzens.

Sie urteilen im Fieber und in der Schläfrigkeit ihrer Ueberbürdung, unter den Antrieben ihrer Umgebung und den Geboten des Herrschers, unter den Drohungen der Sanktrollen und Trifoteusen, die sich auf den Tribünen und im Zuschauerraum drängten, auf Grund rasender Zeugenaussagen und wutschnauender Anklagereden, in stückiger Lust, die ihr Gehirn lähmte, von der ihnen die Ohren summtten und die Schläfen pochten und die ihre Augen mit einem blutigen Schleier umflokte. Im Publikum liefen unbestimmte Gerüchte über Geschworene um, die sich von den Angeklagten hätten bestechen lassen. Aber diese Gerüchte beantwortete die gesamte Jury mit entzückten Protesten und erbarmungslosen Verurteilungen.

Es neien f der Nie Boath, Menische sein Boi, doch f sich rent unterfü daß die So vierzehnt befürcht Ländern daß bud Die ganzen der Fir schienen mit lan der Stiner Neger a neranzu mit Ani kurz — feiernd dem all aus ih turden auch die schallter Ein St schwere Deutlich Parade landes. Se der N terte b Warren Welt o

Nationalliberales.

Wir bezweifeln in unserem obigen Artikel, daß die Nationalliberalen überhaupt noch dazukommen, sich in freihheitlich-kulturellen Fragen zu einer vernünftigen Haltung aufzuschwingen. Ein Leitartikel in der gestrigen Nummer der „Bad. Landeszeitung“ „Ein Nachwort zum sozialdemokratischen Parteitag“ gibt uns recht. Der Artikel unterzeichnet die selbst vom liberalen Standpunkt unbegreifliche Haltung der Nationalliberalen zu allen wichtigen kulturellen Fragen, die im Landtag verhandelt wurden. Der Artikel, der den beamteten Schulmann (Herrn Geh. Hofrat Nebmann?) vertritt, zeigt, daß der heutige Liberalismus jederzeit bereit ist, liberale Grundsätze den Interessen des Massenstaates zu opfern, der aus begreiflichen Gründen auf dem Standpunkt steht, daß die „Religion“ dem Volke unter allen Umständen erhalten werden muß. Der Artikelschreiber meint:

Wir haben an dieser Stelle schon einmal ausgeführt, daß die Idee der Gewissensfreiheit nicht in absolutem Sinne genommen werden darf, wenn sie nicht überhaupt zur Auflösung des Staates als einer Zwangsorganisation führen soll. Solange aber noch 80 Prozent unserer Bevölkerung ihre sittliche Erziehung aus den Händen der Religionen und Kirchen empfangen, wäre es ein Schulbürgertum ersten Ranges, wollte man bei der Wahrung der kulturellen Interessen diese gewaltigen Volksmächte von unberechenbarem Einfluß einfach ignorieren. Jede vernünftige Politik wird daher einen modus vivendi suchen müssen, der den verschiedenen Geistesströmungen gerecht wird, und ihnen im festgesetzten Rahmen des Staates ein erträgliches Dasein und die unentbehrliche Bewegungsfreiheit ermöglicht. Unsere kirchenpolitische Gesetzgebung stellt einen in mancher Hinsicht mangelhaften Versuch zur Lösung dieser Schwierigkeiten dar. Ohne Kompromisse geht es dabei nicht ab. Die Merkmalen sehen die Kirchen von der Leitung der Schule zum größten Teil ausgeschlossen und müssen sich dem Staat gegenüber als unentgeltliche Unterrichtsleiter darstellen, über deren Stellung zur Religion ihre Kirche kein Kontrollrecht besitzt. Auch die mehr freigeistigen Strömungen müssen ihrerseits gewisse Opfer bringen, um die allgemeine Volksschule in ihrem jetzigen Charakter zu ermöglichen. Wir, die wir mit vollem Herzen auf dem Boden dieses Ausgleichsgesetzes stehen, werden daher nie die Hand dazu bieten, durch rein ideologisch orientierte Anträge den bestehenden Zustand aufzurollen, weil wir nicht haben wollen, daß unsere Volksschule zu einer Parteischule heruntersinkt. Wir wissen wohl, daß das jetzige Gesetz Regelungen ermöglicht und sind dafür, daß sie in liberalerem Sinne erlebte werden. Das war bisher der Fall, sollte es anders werden, so werden wir in der Wahrung der Kulturinteressen des badischen Volkes nicht lässiger gefunden werden als irgend eine andere Partei. Man sollte daher aus unserer Stellungnahme zum Antrag Muser keine Staatsaktion machen und die ganze politische Situation darüber vergessen.

Diese Ausführungen zeigen, daß der Liberalismus auf der ganzen Linie vor der Kirche kapituliert. Warum darf die Idee der Gewissensfreiheit nicht in absolutem Sinne genommen werden? Der moderne Verfassungsstaat ruht doch in erster Linie auf dem Fundament der absoluten Glaubens- und Gewissensfreiheit, einem liberalen Prinzip. Auf welcher schiefen Ebene die Nationalliberalen bereits angelangt sind, das zeigt deren Ablehnung des Antrages Muser, der weiter nichts wie ungeführte Gewissensfreiheit der Lehrer verlangt. Das scheint der Artikelschreiber auch selbst zu fühlen, indem er beschämend um des Himmels willen verlangt, „aus der Ablehnung des Antrages Muser keine Staatsaktion zu machen.“

Aber gerade die Ablehnung des Antrages Muser ist der Angelpunkt, um den sich die ganze Streitfrage dreht, aus der man sehr wohl berechtigt ist eine Staatsaktion zu machen. Daß das Zentrum den Antrag Muser ablehnt, finden wir für selbstverständlich. Die Kirche ist in ihrem ganzen Wesen unduldsam und gewalttätig. Aber daß ihn die Liberalen ablehnen, ist uns unverständlich. „Liberal“ sein, heißt doch frei sein und warum soll ein Lehrer, der sich in religiöser Hinsicht zu einem freieren Standpunkt, als dem anerzogenen durchgerungen hat, dies verheimlichen und weiter Religionsunterricht erteilen? Die Kirche selbst sollte im eigenen Interesse Front gegen eine solche Zumutung machen, zumal sie ja ohnehin einem Lehrer, der beispielsweise die Geschichte vom Jonas im Walfisch anzeigt, die „missio ranonica“, d. h. das Recht zur Erteilung des Religionsunterrichtes entzieht (Siehe Ruggenstürmer Fall)! So viel Recht sollte doch ein Lehrer haben, daß er nicht zum Schlichter werden muß.

Was soll man mit der Redensart anfangen, die Volksschule soll nicht zur Parteischule werden. Wird sie denn zur Parteischule, wenn man sie von kirchlichen Einflüssen befreit? Viel eher ist sie heute Parteischule, wenn man die wehrlosen Kinder für ein bestimmte Weltanschauung einbrüllt.

All das beweist, daß die Nationalliberalen nicht mehr imstande sind, die Konsequenzen ihres unbegreiflichen Standpunktes zu überschauen.

Integrales.

Die jesuitische Monatschrift „Stimmen aus Maria-Laach“ hatte einen gegen die Integralen gerichteten Artikel der Redaktion gebracht und ihn vor dem Erscheinen als Büchsenladung an die Nachempfindung versandt, die ihn erfreut abdruckte. Wie wir in „Oesterreichs Katholischem Sonntagsblatt“ (Nr. 25) lesen, erklärt die aus den päpstlichen Kreisen geübte „Unita catholica“, der Artikel der „Stimmen aus Maria-Laach“ werde von hohen kirchlichen Autoritäten mißbilligt. Besonders wird darauf hingewiesen, daß dieser Artikel nach der klaren Ansprache des Papstes an die Karbinäle und der Beurteilung des Wädrischen Werkes unpassend sei.

Neunter Konarek der Gewerkschaften Deutschlands.

München, den 24. Juni 1914. Dritter Verhandlungstag. Schilde, der heute den Vorsitz führt, gibt bekannt, daß Herr Gewerbegerichtsdirektor Dr. Brenner als Gast erschienen sei. Legien berichtet sodann über den 2. Teil des Regulativs, Erledigung von Grenzstreitigkeiten. Bei den aufstaudenden und auszugragenden Grenzstreitigkeiten ist es manchmal, aber nicht immer gegliedert, Verständigung

zu erzielen. Nach dem Vorschlage im Regulativ (Siehe Nummer 24 des Korrespondenzblattes. Einen Auszug aus dem Regulativ bringen wir morgen. D. Red.) soll in Zukunft die Entscheidung in Streitfällen einem Schiedsgericht übertragen werden. Es muß aber auch Grundlag sein und bleiben, daß die Entscheidungen selbstgewählter Instanzen von allen Seiten respektiert werden. Aus praktischen Gründen halten wir es für wichtig, bei der Berufsorganisation beim dem Industrieverband als Grundlage zu bleiben. — Redner widerspricht einem Antrage, in dem verlangt wird, daß auch die sogenannten gelehrten Arbeiter dem zuständigen Industrieverband zugeführt werden sollen, weiter der Forderung einer Revisionsinstanz neben dem Schiedsgericht. Weiter wendet sich Legien gegen die Stellungnahme des Transportarbeiterverbandes gegen ein Schiedsgerichtsurteil, durch welches die Bierfabrik dem Brauereiarbeiterverband überwiesen worden sind. Der Transportarbeiterverband sieht darin eine Verletzung des Prinzips der Berufsorganisation. Legien erklärt, daß es sich bei dem Urteil um praktische Erwägungen gehandelt habe, es solle kein Präzedenzfall darstellen. (Beifall.)

In der anschließenden Diskussion werden zunächst Einzelfälle von Verträgen gegen die bestehenden Grundsätze und Verträge zwischen verschiedenen Verbänden über die gegenseitigen Organisationsgrenzen vorgetragen. Döring (Transportarbeiter) spricht für eine Revisionsinstanz. Eine Nachprüfung der Urteile müsse ermöglicht werden. Schneider (Fabrikarbeiter): Die industrielle und technische Entwicklung, sowie der Ausbau der Unternehmerrorganisation bedingen unsere Organisationsform. Die Grenzen zwischen gelehrten und ungelehrten Arbeiter verweist die Entwicklung der Industrie und sie wirkt die verschiedenen Gruppen von Arbeitern zusammen in einen Betrieb. Die Konsequenz davon ist, daß nicht nur die ungelehrten Arbeiter dem zuständigen Industrieverband zugeführt werden, sondern umgekehrt, auch die gelehrten Arbeiter der für ihren Betrieb zuständigen Organisation. Es ist ein Widerspruch, dieser Forderung gegenüber der Grundlag der Berufsorganisation herauszutreten. Berufsorganisation und Industrieverband ist überhaupt ein Widerspruch. Die Felle des Industrieverbandes ist die Betriebsorganisation. Und daraus ergibt sich die Berechtigung unserer Forderung.

Redner (Gemeinbedarfer) wendet sich gegen den Passus im Regulativ, nach welchem die Gemeindebetriebe nicht als ein Betrieb angesehen werden. Die Konsequenz der Bestimmung wäre das Auseinanderreißen des Gemeinbedarferverbandes.

Schumann (Transportarbeiter): Das erwähnte Urteil verletzt ein Recht, Rechtsgrundlagen müssen aber unverletzlich sein. Das Urteil föhne auch anderen Verbänden unheimlich werden, es kann zur Desorganisation führen. Die Berufszugehörigkeit muß bestimmend sein für die Organisation. Wenn uns Unrecht geschieht, dann wehren wir uns. (Beifall.)

Körner (Fabrikarbeiter): Die Betriebsorganisation dient dem allgemeinen Interesse der Arbeiter, sowohl im Hinblick auf die Schuttfähigkeit gegenüber dem Internementum, als auch zur Bekämpfung der gelben Bewegung. Das Vorhandensein einer Reihe von Verbänden in einem Betriebe föhrt die Kampffähigkeit und Aktionskraft. Wir müssen uns der Entwicklung anpassen und darum muß man entscheiden: entweder Betriebs- oder Berufsorganisation.

In der weiteren Debatte wird das für und wider der Betriebs- bzw. Berufsorganisation noch von mehreren Rednern erörtert.

Heh (Düsseldorfer) begründet einen Antrag, der verlangt, daß drei Monate nach Uebertragung eines Arbeiters in einen anderen Beruf der Uebertritt zur zuständigen Organisation erfolgen soll.

Gartkeis (Fabrikarbeiter): Die freien Gewerkschaften standen immer auf dem Boden der marxistischen Auffassung, da darf man keine angestrichelten Unterschiede zwischen gelehrten und ungelehrten Arbeitern machen. (Bravos)

Die Diskussion wird abgebrochen. Nachmittags unternimmt der Kongress einen Ausflug nach Ebernberg.

Jugendbewegung.

Sehe gegen die Arbeiterturner und die Arbeiterjugend.

Der Vorsitzende des Arbeiterturnvereins in Verts-dorf i. Sa. hatte sich vor dem Schöffengericht in Zittau wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes zu verantworten. Er hatte sich geweigert, der Polizei das verlangte Statut des Vereins und das Mitgliederverzeichnis des Vorstandes einzuführen, weil der Verein sich niemals mit der Politik befaßt hatte. Das Gericht erklärte jedoch den Verein für politisch, weil er dem Arbeiterturnerband angeschlossen ist, und erkannte gegen den Angeklagten auf 30 Mark Geldstrafe oder 5 Tage Haft.

Hierauf hatte sich vor demselben Gericht der Leiter der Arbeiterjugend in Hartau zu verantworten, der wegen des gleichen Vergehens angeklagt war. Das Gericht kam in diesem Falle jedoch zu einer Freisprechung, da es sich bei der Arbeiterjugend von Hartau um keinen Verein, sondern nur um lose und unregelmäßige Zusammenkünfte handelte; Satzungen seien nicht vorhanden und ein Mitgliederbeitrag werde nicht erhoben. Die Anklage war auf Beweise gestützt, die von einem Gendarmen zusammengetragen worden waren. Dieser sagte als Zeuge aus, „man nehme an, daß eine Beeinflussung der Jugend im politischen Sinne erfolge.“ Damit konnte das Gericht aber nichts anfangen.

Ein vernichtendes Urteil über die Pfadfinderbewegung.

Eine bedeutsame Erklärung über die heutige Jugendbewegung gab ein hoher sächsischer Regierungsbeamter, der Geheimrat im Justizministerium, Dr. Gelbhaar, ab. Im Bezirksverein zur Fürsorge für die aus Straf- und Korrektilionsanstalten Entlassenen erstattete Geheimrat Dr. Gelbhaar den Jahresbericht. Nachdem Geheimrat Dr. Gelbhaar einleitend betont hatte, daß die Strafrechtsform, die möglicherweise die Fürsorgetätigkeit des Vereins beeinflussen könne, keinesfalls vor dem Jahre 1916 zu erledigen sei, beschäftigte er sich eingehend mit der heutigen Jugendbewegung und erklärte zum Schluß folgendes:

„Die heutige Jugendbewegung scheint ihm einen Umfang angenommen zu haben, der über das Maß des Richtigen hinausgeht. Ganz besonders leide die Pfadfinderbewegung an einer Ueberschätzung der Jugend, einer Sinaushhebung der Jungen über die Verhältnisse, in der sich die Jugendzueziehung abspiegeln habe (Empfänger durch Behörden, Koraden u. a.), die nicht ohne schädliche Rückwirkung auf die Jugend selbst bleiben könne und schon die Ursache mancher kriminellen Verfehlung geworden sei.“

Was wir schon lange sagten, wird hier durch einen gewiß „unberdächtigen“ Zeugen klar bestätigt. Für den Selbsten ist das lange nichts mehr Neues!

Soziale Rundschau.

* Volksversicherungsgehefte. Die diesmalige Dividende der „Victoria“ entspricht in Wirklichkeit einem Satze von 88 Prozent. Das Aktienkapital ist von den Aktionären feinerzeit nur zu einem Fünftel eingezahlt worden, den größten Teil des Restes hat dann die Gesellschaft aus ihren eigenen Verbindlichkeiten eingezahlt. Besonders bedeutungsvoll ist jetzt ein Ueberblick, wie sich das Volksversicherungsgehefte der „Victoria“ entwickelt hat. Es wurden Policen abgeschlossen im Jahre 1913 431 815 gegen 437 203 im Jahre 1912. Erloschen sind bei der „Victoria“ an Volksversicherungspolice im Jahre 1913 314 267 gegen 316 300 im Jahre 1912.

Ein Hauptgeschäft der privaten Versicherungsgehefte sind die verfallenen Policen, die dem Versicherten verloren gehen, weil er seinen Verpflichtungen nicht ganz korrekt nachkommen kann. Von den eben erwähnten erloschenen Policen sind 11 611 durch Verfall erloschen im Jahre 1913 89 641 gegen 88 606 im Jahre 1912. Der Neinzugewinn an Volksversicherungen ist bei der Victoria u. a. demnach etwas geringer als im Vorjahre, es sind rund 3400 Policen weniger. In Wirklichkeit ist der Neinzugewinn wesentlich größer, 1913 wurden 6400 Volksversicherungen weniger aufgenommen als 1912. Beachtenswert ist, daß die gegen die Zahl der verfallenen Policen um rund 1000 Stück gestiegen ist. Man sieht, das privatkapitalistische Versicherungsgeschäft ernährt seine Leute.

* Das Kaufmannsgerichtsgesetz wurde vor nunmehr zehn Jahren, am 16. Juni 1904, vom Reichstag verabschiedet. Die letzten parlamentarischen Kämpfe drehten sich besonders um das Wahlrecht der Handlungsgeheftigen zu den Weibstimmwahlen. Die Reichstagskommission hatte das aktive Frauenwahlrecht ausgestellt wollen, aber die Reichsregierung erklärte die Forderung für unannehmbar. Der Zentralverband der Handlungsgeheftigen hat jetzt eine neue Initiative für die Ausgestaltung des Kaufmannsgerichtsgesetzes eingeleitet. Zahlreiche Ortsgruppen des Verbandes haben Eingaben an den Bundesrat gerichtet, in denen die lückenlose Ausdehnung der Kaufmannsgerichtsbarkeit auf das Wahlrecht der weiblichen Angestellten zu den Weibstimmwahlen gefordert wird.

Genossenschaftsbewegung.

* Aßern, 24. Juni. Der Konsumverein für Aßern und Umgegend hielt am letzten Sonntag im Saale zum „Livol“ eine außerordentliche Generalversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß der Umsatz in den ersten 8 Monaten des laufenden Geschäftsjahres denjenigen des Jahres 1912/13 (Sommer) um ein Bedeutendes übersteigt, der Reingewinn deshalb auch ein entsprechend größerer ist. In Mittheilung sind dem Verein 48 zugegangen. Nach Erledigung der Tagesordnung hielt Geschäftsführer Fischer aus Baden-Baden einen lehrreichen Vortrag über das Genossenschaftswesen. Die Versammlung hätte einen besseren Verlauf aufweisen dürfen.

* Die unterbairische Kreditgenossenschaft hielt am 22. und 23. d. M. in Bretten ihren 46. Verbandstag ab. Es waren 40 Orte vertreten. Der Verbandsvorsitzende eröffnete in der städtischen Turnhalle die Versammlung, in der die Vertreter der städtischen und städtischen Behörden Anreden hielten. Nachdem der Jahres- und Geschäftsbericht erledigt war, hielt Herr Justizrat Dr. Alberti einen Vortrag über die Schulgeheftigen-Genossenschaft. Eingehend verbreitete sich der Referent über die Konsumvereine, bedauernd, daß sich der gewerbliche Mittelstand noch ablenken zu den Konsumvereinen verhält. Man solle auch den Ursachen nachgehen und werde es für verständlich finden, wenn diese Vereine zu einem Hauptfaktor geworden sind. Auch der Mittelstand werde sich noch an den Konsumvereinen beteiligen und man dürfe die nicht achtlos vorübergehen. Am Montagabend hielt noch ein Festbankett die Gäste beisammen, in dem neben anderen Rednern Landtagsabg. Muser und Justizrat Dr. Alberti Anreden hielten. Am zweiten Tag wurde per Extrazug ein Ausflug nach Maulbronn betriebl. Die Stadt war anlässlich dieses Verbandstages reichlich besetzt und die Stadtbehörde trug ihr Bestes bei, um den Gästen den Aufenthalt angenehm zu gestalten.

Aus der Partei.

Internationaler Sozialistenkongress Wien 1914. Das vorbereitende Komitee des Internationalen Sozialistenkongresses benützte die Namen und Adressen aller Genossen und Genossinnen, die im August als Delegierte nach Wien kommen. Die Befragung von passenden und präsumierten Wohnorten ist bei den Wiener Verhältnissen und gerade in der Preiszeit mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Das Kongresskomitee, das in Verbindung mit dem Wiener Sekretär arbeitet, wird aber die Teilnehmer des Kongresses zufriedustellen können, wenn die Anmeldung der Delegierten sobald als möglich erfolgt. Wir erlauben daher alle Delegierte aus Deutschland, uns ungefähr ihren Namen und ihre Adresse mitzutheilen. Berlin, den 23. Juni 1914. Mit Parteigrüß! Der Parteivorstand. Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

* Die Reorganisation des „Vorwärts“. Die Generalversammlung des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine, von Berlin und Umgegend besetzte sich am Sonntag besonders mit der Reorganisation des „Vorwärts“, für die eine besondere Kommission eingesetzt worden war. Genosse Broger erstattete den Bericht über deren Tätigkeit; die Beschlüsse des Genossen Stadthagen über die Haltung des „Vorwärts“ seien als unbedeutend zurückgewiesen. Die Haltung des „Vorwärts“ zur Dämpfungspolitik sei das Ergebnis eines Redaktionsbeschlusses. Allerdings sei der „Vorwärts“ zum Teil zu wenig lebhaft. Eine größere Lebendigkeit sei notwendig, um größeren Einfluß auf die Leser zu gewinnen. In der Kommission habe sich herausgestellt, daß die Verteilung des Raumes für die einzelnen Ressorts der Redaktion zu Streitigkeiten in den Redaktionskonferenzen Veranlassung gab. In dieser Hinsicht sei ja neuerdings manches besser geworden. Aber die Kommission halte es doch im Interesse des Blattes für notwendig, daß der „Vorwärts“ einen leitenden Redakteur bekomme. Sie beantragte deshalb die Anstellung eines Chefredakteurs.

Genosse Stadthagen behauptet, daß der Bericht der Reorganisationskommission nicht objektiv gewesen sei. Von dem, was er über die Haltung des „Vorwärts“ ausgesprochen habe, nehme er kein Wort zurück. Die Chefredaktion sei grundsätzlich abzulehnen. Es sei zu befürchten, daß ein Chefredakteur, der sich abhängig fühlte vom Parteivorstand und der Reorganisationskommission, sich dementsprechend verhalten würde und die Redaktion würde dadurch geschädigt. Die gegenwärtigen Redakteure seien nicht willens, sich durch einen Chefredakteur zu stellen herabdrücken zu lassen. Die Mehrheit der Redaktion würde es dann vorziehen, um Entbehren von ihren Rollen für den „Vorwärts“ zu bitten. In der Abstimmung wurde der Antrag der Kommission, einen Chefredakteur für den „Vorwärts“ anzustellen, mit großer Mehrheit angenommen.

Partial text from the right edge of the page, including page number 10 and some illegible text.

Der badische Parteitag und das Kaiserthum. Unter dieser Ueberschrift bringt der „Vorwärts“ von gestern eine Zuschrift aus Baden, welche die Kaiserhochbehalte behandelt. Die Zuschrift strotzt von Entstellungen und Unrichtigkeiten. Wir werden auf dieselbe morgen zurückkommen.

al. Forchheim, 24. Juni. Sozialdem. Verein. Neben zwei Konferenzberichten wird in der am kommenden Samstagabend in der „Linde“ stattfindenden Mitgliederversammlung auch der Bericht vom Parteitag gegeben werden. Der diesjährige Parteitag war wohl seit einer Reihe von Jahren der interessanteste und wird es den Parteigenossen nur angelehnt sein können, wenn der Bericht von einem Teilnehmer zu erhalten. Außerdem wird auch die Wahl des Delegierten zum Parteitag in Würzburg vorgenommen, ebenso eine solche in das erweiterte Agitationskomitee des 90. Landtagswahlbezirks.

Parteigenossen! Der Besuch der letzten Versammlungen ließ zu wünschen übrig. Das muß anders werden. In der heutigen, bewegten politischen Situation muß jeder seinen Mann stellen, muß in Reich und Glied treten. Wie oft muß man hören, daß Arbeiter, die sich zu uns zählen, in Gesprächen mit Gegnern unzureichende Antworten geben. Das kommt nur daher, daß es diese Versammlungen, in den Parteiversammlungen zu erscheinen. Die „rote Mose“ hat uns eine Anzahl neuer Mitglieder gebracht. An diese hauptsächlich ergeht die Mahnung, die Versammlungen zu besuchen, sich neues Wissen zu schöpfen. — Gleichzeitig möchten wir unseren Genossen empfehlen, sich an der Scheidemann-Versammlung im „Kühlen Krug“ zu beteiligen, umso mehr, als nunmehr zur Heimfahrt günstige Gelegenheiten vorhanden sind.

Heinrich, 24. Juni. Sozialdem. Verein. Wir machen die Parteigenossen und Volksgenossen darauf aufmerksam, daß am Samstag, 27. Juni, abends halb 9 Uhr, in der „Linde“ unsere Mitgliederversammlung stattfindet, in welcher Stadtratsmitglied Abel-Neurath einen Vortrag über „Politische Rundschau“ halten wird. Wir erlauben unsere Genossen, zahlreich in der Versammlung zu erscheinen. Weitere Punkte der Tagesordnung sind: Bezirksangelegenheiten und Abrechnung.

Kommunalpolitik.

Die Hardtorte und die Neugestaltung der Karlsruher Verkehrsverhältnisse.

al. Aus Forchheim, 24. Juni wird uns geschrieben: Wie der Karlsruher Stadtratsbericht meldet, sind die Verhandlungen wegen des Erwerbs der Südd. Eisenbahngesellschaft gehörenden Bahn Spödt-Dürmersheim zum Abschluß gelangt. Obwohl man Einzelheiten des Vertrags noch nicht kennt, kann man doch schon soviel sagen, daß die Hardtbewohner durch diese Neugestaltung bitter enttäuscht sein werden. Nach dem neuen Projekt soll die ganze Bahn von der Stadt angekauft, indessen nur auf der Strecke Gagsfeld-Karlsruhe-Grünwinkel-Darlanden elektrifiziert werden. Wenn nun auch angenommen werden kann, daß sicher die Stadt ein Interesse der Rentabilität schon an und für sich der übrigen Strecke, hauptsächlich der Forchheim-Mörsch-Dürmersheimer, eine bessere Berücksichtigung wie bisher angedeihen lassen wird, so läßt sich andererseits doch nicht die Meinung unterdrücken, daß ein engherziger Partikularismus mitbestimmend bei der Neuregelung der Verkehrsfrage für die Vororte war. Die Bewohner vorerwähnter Orte, die allein über weitläufige gewerbliche und industrielle Arbeiter aufweisen, haben es damals fast ausnahmslos begrüßt, daß der Bürgerausschuß in Karlsruhe das oberbürgermeisterliche Projekt abgelehnt hat, sie waren dabei der festen Ueberzeugung, daß die schlechtesten Verkehrsverhältnisse, unter denen wir über zwanzig Jahre zu leiden hatten, nur durch eine andere Neuordnung, nämlich der Uebernahme dieser Bahn in städtischer Regie, beseitigt würden, aber auch hier sind wir anscheinend wieder jener Teil der Leidtragende ist. Wahrscheinlich das Anlagewerkstatt würde sich sicher gut verhalten, wenn man den letzten Schritt, auch diese Strecke zu elektrifizieren, tun würde. Und wie nötig wäre eine bessere Verbindung mit der Stadt! Wir, die oberen Hardtorte waren bisher soviel wie vom Verkehr abgetrennt, und das trotz oder vielmehr wegen dieser Südd. Eisenbahngesellschaft. Werden die Karlsruher Stadtverordneten diesen Mißstand erkennen, werden sie bestrebt sein in obenbezeichnete Richtung zu wirken, halten sie etwas auf Dank der ländlichen Bevölkerung, was andererseits auch manches Vorurteil gegen die städtische Bevölkerung zerstreuen könnte, dann mögen sie dafür sorgen, daß uns eine bessere Zugverbindung wird. Wir bitten sie darum.

10. Stiftungsfest des Arbeiter-Gesangvereins „Eintracht“ - Ettlingen.

(Schluß.)
Nach einem vom Wetter einflußvoll begünstigten, stattlichen Festzug durch die reich besagelten, mit Lannengrün und Sinnsprüchen geschmückten Straßen Ettlingens, langte man gegen 4 Uhr wieder vor der Festhalle an, wo alsbald dann auch das Konzert der Gesangvereine seinen Anfang nahm. Mit dem Kreuzgelösnis, der Freiheit ein triumphales Lied zu singen, eröffnete der Festverein durch den Begrüßungschor „Nicht verzagt“ das Konzert. „Concordia“ - Chor (Dir. S. Braun) sang mit rechter Singfreudigkeit Baiers „Graf Gott, du schone Frühlingszeit“ und auch „Bruderbund“ - Untergrombach (Dir. Ehrbrecht) erwies sich trotz der bescheidenen Zahl von 16 Sängern dem schlichten Chor „Wie's daheim war“ gewachsen. Auf dynamische Abschattung legte der Dirigent besonderes Gewicht. Gerade im Volkston kann ein kleinerer Verein, statt der komplizierten Techniken, eine Fülle natürlichen Gefühls und Empfindens an den Tag legen. „Freundschaft“ - Ettlingen (Dir. Schüller) erzielte mit Reichs „Abschied“ in bezug inhaltlicher Ausbaueung des Vortrags einen recht schönen Erfolg. Auch die längst bekannten „Reisebaum“ erfuhren eine durchaus farbliche, instrumentale wirkende Wiedergabe. „Vorwärts“ - Weingarten zeigte mit klarem Arrangement von „Die Auserwählte“, welche erste Stufe das Chormaterial in stimmlicher Hinsicht unter des Dirigenten Ch. Kaffels Leitung bereits erklommen hat. „Bruderbund“ - Mörsch (Dir. Heiß) begeisterte sich bei Sonnets „Morgenwanderung“ eines ausdrucksvollen Vortrags, guter Ausprägung und reiner Stimmung. „Freiheit“ - Forchheim (Dir. Effler) verfügt über alle die vortheilhaftesten Eigenschaften, die man an einen gut dirigierten Gesangverein stellen kann. Es Kaffels städtische Band in der Stimmbildung ländlicher

o. Oberkirch. Mitteilungen aus der Gemeinderatsitzung vom letzten Montag. Die Wählerlisten der Bürgerausschüsse wurden geprüft. Die Wählerstimmen haben sich seit dem Jahr 1911 bis 1914 von 588 auf 620 erhöht. 43 Wähler konnten nicht in die Wählerliste eingetragen werden, da sie mit der Umlagezahlung im Rückstand sind. (Da darunter auch Arbeiter sind, so werden dieselben gut tun, die Umlage zu bezahlen, wenn sie ihres Wahlrechts nicht verlustig gehen wollen; es ist noch Zeit bis nächsten Dienstag, der Berichterstatter.) — Ein Baugesuch des Kaufmanns Gertner wird genehmigt. Die Stadtgemeinde tritt als Mitglied mit einem Jahresbeitrag von 5 Mk. dem Hilfsverein für entlassene Geistesranke bei. Die Lehrerwohnung soll einer Renovierung unterzogen werden. — Beim Elementarunterricht an der Volksschule sind zwei Abteilungen eingeführt, die erste Abteilung hat 14 Schüler mit 4 Stunden Unterricht pro Woche, die zweite Abteilung hat 18 Schüler mit 3 Stunden Unterricht. — Die Verhängung des Bierhausverbots für den S. B. wird abgelehnt. — Der Verkauf des Geländes an der Fuchsmatt an den Baumrentner Holzinger soll der demnächst stattfindenden Bürgerausschusssitzung zur Entscheidung vorgelegt werden. — Die Zwangsverziehung der Kinder des N. G. soll durchgeführt werden. — Der Nachtragsforderung betr. den Polizeidienstverdienst in Karlsruhe wird zugestimmt. — Die vom hiesigen Volkshaus angebotene Summe von 200 Mark an die hiesige Volksschule wird angenommen. — Hierauf wird seitens des Gemeinderats eine Beschäftigung von Baugelände vorgenommen. Gemeinsam mit Herrn von Schauenburg wurde noch die sogenannte Sandgasse besichtigt, einer der ältesten Wege der Gemeinde Oberkirch; Herr v. Schauenburg gab die Erklärung ab, der Gemeinde Oberkirch zwei Meter Gelände unentgeltlich auf der ganzen Strecke abzugeben. Es wurde sodann beschlossen, den Weg auf eine Breite von 5 Meter zu erweitern.

Steuerfreiheit der Kinderbemittelten. Der Finanzausschuß der Stadt Mainz beschloß auf Antrag der Sozialdemokraten, daß Witwen, Waisen und erwerbsunfähige Personen, die ein Vermögen unter 10000 Mk. besitzen und deren Einkommen jährlich 750 Mk. nicht übersteigt, von Gemeindesteuern frei bleiben. Ferner sollen Personen, die ein Einkommen unter 600 Mark haben, nicht mit Gemeindesteuern belastet werden. Diese Beschlüsse bedürfen noch der Bestätigung durch die Stadtverordneten.

Die Gemeindepolitik einer sozialdemokratischen Mehrheit. Als Heft 16 der im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts“ erscheinenden kommunalpolitischen Abhandlungen „Sozialdemokratische Gemeindepolitik“ erschien: „Die Gemeindepolitik einer sozialdemokratischen Mehrheit“, von Julius Pruhls in Dresden b. a. M. (Preis 1 Mk., Vereinskasse 50 Pf.). In der gegenwärtigen Presse und besonders in den Schmähschriften des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie ist die Tätigkeit der sozialdemokratischen Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung zu Offenbach in geschäftiger und stiller Weise kritisiert worden. In der vorliegenden Schrift gibt Genosse Pruhls eine wahrheitsgemäße Darstellung der kommunalen Tätigkeit unserer dortigen Parteigenossen und legt dar, daß das Geschrei unserer Gegner über sozialdemokratische „Mißwirtschaft“ eitel Lüge und Verleumdung ist. Die Schrift zerlegt nicht nur die gegenwärtigen Vorwürfe, sie gibt auch wertvolles Material aus der Vielartigkeit des kommunalen Lebens, das unseren Vertretern in den Gemeindeparlamenten nützliche Fingerzeige geben kann. Doch darüber hinaus wird sie allen Genossen — besonders auch den agitatorischen — gute Dienste leisten, da die Offenbacher Kommunalpolitik der sozialdemokratischen Mehrheit auch in der allgemeinen politischen Agitation sehr zum Gegenstand von Verdröhnungen und Verleumdungen gemacht wird.

Sewerkschaftliches.

„Nochmals „Frei oder Schwarz“. Unser Artikel „Frei oder Schwarz“ hat den „christlichen“ Matadore wohl auf die Nerven geschlagen. Wenn man diesen Herren den Spiegel vorhält, dann ersprechen sie vor ihrem Ebenbild und schimpfen wie die Nohrpepigen. Das beweisen die zwei Artikel im „Bad. Beobachter“, überschrieben „Ein nettes Gefändnis“ und „Sozialdemokratische Verdröhnung“. Was in diesen beiden Artikeln zusammengeknäuelert wird, spottet jeder Beschreibung und wir haben uns überlegt, ob wir überhaupt für solche Schillabungen unsere kostbare Zeit noch verwenden sollen. Nach langem Drängen wollen wir jedoch die Märchenartikel nochmals beleuchten.

In Bezug auf die Wahl des Vorsitzenden des Vorstandes der Allgem. Ortskrankenkassen fuhren wir an, daß der christliche Vertreter für einen Arbeitgeber getrimmt hätte. Darauf erwiderte der Schwarz, die christlich organisierte Arbeiterkraft habe eben über den Sozialdemokraten noch eine andere Meinung als der „Volkshaus“. Wir stellen aber fest, daß der christliche Vertreter im Vorstand auch nicht das geringste an der Arbeit des Herrn Hof für die Krankenkasse und der übrigen sozialen Tätigkeit auszusuchen hatte. Der christliche Vertreter gab einen liberalen Arbeitgeber seine Stimme, jedenfalls deshalb, weil Liberale und Zentrum sich zurzeit nähersehen. Die Inter-

sangesgenossen war wieder in hohem Maße festzustellen bei dem Arbeiter-Turn- und Sängerkreis „Volkshaus“ in Offartsweiler mit dem Chorleit. Des Singers Heimat“ bekräftigt. Eine vorzügliche Ausbeutung erfuhr Calimirs „Heimweh“ durch „Freie Sängerkunst“ - Gröbblingen unter H. Appinck's Leitung. Ermunternde Anerkennung darf man „Bruderbund“ - Ettlingen erwidern wollen und wünschen, daß sie den Weg zur Verwirklichung nicht unterbrechen mögen, um nach rastlosem Streben auch in die Reihe der erprobten Vereine einzutreten zu können. Der Arbeiter-Frauenchor Karlsruhe (Dir. Weidmann) den bekannten „Vomerguß“ und ein schelmisches „Langlieb“. Besonders das letztere war inhaltlich und in der Stimmführung von gleich günstiger Wirkung. „Freundschaft“ - Malsch (Dir. Mäger) sang kerns stimmungsvolle „Maienmadl“. Dieser Verein verfügt über üppige Klangfarbe in den 1. Tenören. Die Modulationen über die halben Töne und enharmonischen Klangeffekte löste mit reiner Präzision in Hiers „Sängerkolleg“ die „Freiheit“ - Heierheim (Dir. Appinck). „Freundschaft“ - Durlach verdient für ihre Strebsamkeit, mit der sie an ihre gesungene Aufgabe herantrat, wie auch für die bildungsfähigen gesunden Stimmen anspornende Aufmunterung. „Freundschaft“ - Mäppurr (Dir. Appinck) verfügt über ein Material von festem Klangcharakter.

Einen würdigen Abschluß bildeten die großen Stadtvereine, deren hervorragende Leistung hinsichtlich bekannt und kürzlich genüßig worden sind. Sie verließen dem ganzen Fest das künstlerisch ernst zu nehmende Relief und ihre Chorvorträge, alle ja schon bekannt, waren treffliche Proben des Arbeiter-Kunstgesangs. Es erzielten: „Vorwärts“ Durlach (Dir. Effler) mit Hegars „Trob“; „Vorwärts“ Karlsruhe (Dir. Effler) mit „Vollkommene“ „Ossian“ und die „Lassalla“ Karlsruhe (Dir. Herbold) mit „Hoh empor“. Den Schlussakord am festen Gefüge solidarischer Zusammengehörigkeit unserer Arbeitervereine bildete unter Hies Efflers straffer Leitung der machtvoll aufbrauende Gesamtchor „Am Strom“ von Uffmann, W. Sch.

essen der Krankenkasse und der Versicherten werden durch Herrn Hof jedenfalls ebenso gut, wenn nicht noch besser gewahrt, als wenn er ein strammer Zentrumsmann wäre. Da nicht alles Schimpfen in Bezug auf die Vorstandswahlen der Krankenkasse in Freiburg, Ettlingen usw. nichts. Zentrumswahlkraft ist eben nicht gleichbedeutend mit sozialer Wohlfahrt, ebensowenig wie christliche Gewerkschaften mit Arbeiterinteressenvertretung.

Die ganze Blut der Herren über ihren Mißerfolg bei den Krankenkassenwahlen soll eben an Herrn Hof ausgelassen werden. Darum denunziert man Hof mit Behagen den Behörden gegenüber als Sozialdemokrat.

Dann noch ein Wort über die „Zufälligkeiten“, wie der Brief des Holzarbeiter-Verbandes in die Hände des Zentrums gekommen sein soll. Dieses „Zufällig“ kennt man ja aus der Praxis der Herren. Im übrigen ist der ganze Artikel eine Schimpfprobe. Nur einige Proben: da heißt es „Lächerliche und blödsinnige sozialdemokratische Kritik“, — der Mann verdient preisgekrönt zu werden mit der Kupferernen Medaille, — vollendeten Unfug“. Ist das nicht eine den christlichen Gewerkschaften und des Zentrums würdige Sprache? Ja, ja, liebe deinen Nächsten, wie dich selbst!

Im übrigen werden die freien Gewerkschaften nach wie vor die Interessen der Arbeiter nach jeder Richtung hin vertreten und fördern, und den zentrumsfremden Gewerkschaften überlassen durch Anwerbung von Arbeitswilligen, sei es von Proletariat oder von sonstwoher sich als Stützen der Arbeitgeber und des Staates anguppreisen.

Aus dem Lande.

Durlach.
— **Naturbühne im Schlossgarten.** Der Gemeinderat hat in seiner letzten Sitzung den Vorstoß einer Karlsruher Gesellschaft, anstelle der ehemaligen markgräflichen Naturbühne eine Naturbühne einzurichten, abgelehnt. Der Gemeinderat ging dabei von dem Standpunkt aus, daß sich bei Theaterabenden sowohl, als bei den dazu notwendigen Proben eine Abschließung des Schlossgartens als unumgänglich herausstellen und eine solche Maßnahme bei dem Mangel an öffentlichen Plätzen im Publikum böses Blut erregen würde. Dann aber würden zweifellos die sich ergebenden Veränderungen dem Charakter des Gartens kaum zum Vorteil gereichen.

— **Den 5 Pf. - Tarif auf der Durlacher Stichstraße** der Straßenbahn durchzuführen, hatte der Gemeinderat Durlach auf Anregung aus Interessentkreisen dem Stadtrat Karlsruhe vorgelegt. Der Stadtrat glaubte diesen Vorschlag aus Gründen der Konsequenz ablehnen zu müssen.

Rastatt.
— **Totung.** Hier fand die 4. ordentliche Hauptversammlung des historischen Vereins für Mittelbaden statt. Nach der Besichtigung der Schlosskirche und des Schlosses nahm die Versammlung einen Vortrag von Professor Federle über den letzten Markgraf der Bernhardschen Linie entgegen. In der Hauptversammlung wies der Vorsitzende Privatier Simmler aus Offenburg auf die bisher erfolgreiche Tätigkeit des Vereins hin; er gab bekannt, daß die Zahl der Mitglieder heute 1000 erreichte werde. Bei der Wahl des Vorstandes lehnte Privatier Simmler sein bisheriges Amt aus Gesundheitsrücksichten ab. An seine Stelle wurde Bürgermeister Dr. Wendt aus Rastatt zum 1. Vorsitzenden gewählt. Zum Ort der nächstjährigen Hauptversammlung wurde Ettenheim bestimmt.

— **Die Renovierungsarbeiten am Bezirksamtgebäude** sind nunmehr in vollem Gange. Es zeigt sich jetzt, wie recht wir hatten, als wir darauf hinwiesen, daß diese Arbeiten schon vor Jahren nötig gewesen wären, und wie verfehlt es sei, daß der Vater Staat sie aus Sparjamtsgründen zurückstellte. Jetzt verursachen die Arbeiten bedeutend höhere Kosten. Das ist u. E. am verkehrten Ende gepart.

Forchheim, 24. Juni. Am Montag früh stürzte sich die Diakonissin Kathchen Schenauer im Laufe Wisnardsstraße 25 aus dem Küchenfenster in den Hof. Sie erlitt schwere Verletzungen und verstarb nach 5 Stunden. Die Ursache ihres Lebensüberdrußes ist nicht bekannt.

Geroldsbach, 24. Juni. Während eines Gewitters schlug der Blitz in das Anwesen der Landwirte Ch. und Traugott Gröner. Das Feuer sprang auch auf das Gebäude des Landwirtschaftslehrlings. Der Gesamt Schaden wird auf 40000 Mk. angegeben. Der Viehbestand konnte gerettet werden.

Melsheim, 24. Juni. Gestern nachmittag wurde der 70jährige Glaser Christian Friedrich Fischer aus Melsheim oberhalb des württembergischen Bahnhofes vom Orientexpresszug erfasst und getötet.

Griesbach (Mendtal), 24. Juni. Dienstag nacht 12 Uhr brannte das Sägewerk des Albert Doll nieder. Das sehr nahe liegende Wohnhaus und der unmittelbar daneben liegende Bauernhof blieben unversehrt. Das Feuer konnte bei der Windstille auf seinen Herd beschränkt werden.

Konstanz, 24. Juni. Wie jetzt feststeht, sind bei dem Orkan am Montag im ganzen neun Fischer ertrunken, darunter drei schweizerische Fischer; bis jetzt ist aber erst eine Leiche geborgen worden; von den Anderen fehlt noch jede Spur. Dagegen wurde eine große Anzahl leerer Fischerboote geborgen; in Langenargen allein wurden sechs Boote angeschwemmt.

Muggen, 23. Juni. Hier verunglückte der 74jährige Landwirt Bernauer dadurch schwer, daß er unter die Räder eines beladenen Heuwagens kam und mehrere Rippenbrüche und einen Schlüsselbeinbruch erlitt. Die Ochsen hatten vor dem heran nahenden Schnellzug geschreit und gingen durch.

Wollmatingen, 23. Juni. Der 64jährige Tagelöhner Albert Schuler wurde von einem Automobil überfahren und schwer verletzt.

Lembach, 23. Juni. Beim Spielen an dem Obertennensfeld stürzte das 10jährige Mädchen des Bürgermeisters Duttlin, ger auf den Scheuerboden; das Kind erlitt einen Schädelbruch und starb wenige Stunden nach dem Unfall.

Eberbach, 24. Juni. Zwischen Hirschhorn und Eberbach-Weikersbach ereignete sich ein tödlicher Unglücksfall. Beim Manövrieren fuhr ein Arbeitszug so stark auf die andere Weite, daß zwei Wagen entgleisten. Hierbei wurde der Bahnarbeiter Friedrich Jakob von Dilsberg so schwer verletzt, daß er gestorben ist.

Wohnwünsche. Aus Willkät schreibt man uns: Seit Jahrzehnten ertrinkt unser großer, schöner Ort Bahnanfall, Willkät hat Industrie, Gewerbe und großen Landwirtschaftsbetrieb. Aber bei zwei Stunden Entfernung von der Bahn ist an ein Aufblühen unseres Ortes nicht zu denken. Im „Volkshaus“ haben wir schon manchen Hilferuf seit Jahren erlassen. Nicht sollen wir eine Autoverbindung nach Willkät-Offenburg erhalten. Die anstehenden Gemeinden bewilligen dem staatlichen Unternehmen Zuschüsse. Willkät bringt ebenfalls gern das Opfer. Wir hoffen aber, daß die Frequenz der Auto bald der Regierung beweisen wird, daß dieser schöne, reiche Banbestreit eine normalspurige Staatsbahn unbedingt haben muß.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 25. Juni.

Zur Sperre bei Tiefbauunternehmer Herling.

Wenn ein Mensch absichtlich die Wahrheit nicht sagt, so nennt ihn der Volksmund einen Lügner. Des Wort Lügner ist eine formale Beleidigung, deshalb wollen wir, damit Herling seine kostbare Zeit nicht beim Kadi verbringen muß, in folgendem dieses Wort vermeiden und nur nachweisen, daß es Herr Herling mit der Wahrheit nicht so genau nimmt.

Herling hat in einem Schreiben an eine Behörde am 1. Juni den Zweigvereinsleiter des Bauarbeiterverbandes denunziert, indem er u. a. schrieb: „Am 15. April kam Herr Stadtrat Philipp morgens vor 6 Uhr auf meine Baustelle und fragte mich in herausforderndem Tone „Wollen Sie den Tarif anerkennen oder nicht“. Ich war vollständig unvorbereitet und erwiderte ihm, daß ich den Inhalt des fraglichen Vertrages nicht kenne und deshalb keine Veranlassung habe, denselben ohne weiteres anzuerkennen. Hierauf forderte Herr Stadtrat Philipp meine ganze Mannschaft zum sofortigen Streik auf.“

Auf letzteren Satz einzugehen, halten wir nicht der Mühe wert, weil jeder Mensch, der die Grundzüge der Gewerkschaftsbewegung kennt, weiß, daß kein Gewerkschaftsführer in der Lage ist, einen Streik zu diktieren. Herling wollte aber mit diesem Schreiben nur bezwecken, beim Stadtrat den Zweigvereinsleiter Philipp in dessen Eigenschaft als Mitglied des Stadtrates zu denunzieren und denselben in ein recht ungünstiges Licht zu stellen.

Wenn aber Herling schreibt, daß er den Inhalt des fraglichen Vertrages am 15. April nicht gekannt hätte, so hat er offensichtlich die Unwahrheit gesagt. Oder sollte etwa Herr Herling ein schwaches Gedächtnis haben? Wenn letzteres der Fall sein sollte, dann wollen wir dem Herrn Herling hiermit die Wahrheit ins Gedächtnis zurufen.

Am 6. März, also annähernd 6 Wochen vor dem 15. April hat Herr Herling von Philipp folgendes Schreiben erhalten:

„Hiermit gestatten wir uns höflichst, Ihnen zwei Verträge zur gefl. Durchsicht und Unterschrift zuzusenden. Wir betonen dabei, daß dieser Vertrag bereits mit 9 Tiefbaufirmen abgeschlossen ist und geben wir uns daher der Hoffnung hin, daß Sie diesen vorliegenden Vertrag ebenfalls mit uns abschließen. Gleichzeitig möchten wir Sie höflichst ersuchen, die Sache noch vor Donnerstag den 12. März ds. Jz. erledigen zu wollen.“

Daß Herling die in dem Schreiben erwähnten Verträge ganz bestimmt bekommen hat, geht aus dem Schreiben des Herrn Herling an Philipp vom 15. März hervor. Das Schreiben lautet in seiner Einleitung:

„Auf Ihr geehrtes Schreiben vom 6. März teile ich Ihnen höflichst mit, daß ich den eingefandten Tarifvertrag anerkenne, sobald ich die im vorigen Monat übernommenen Arbeiten, wofür ich die alten Tarifpreise von 48-50 Pfennig zugrunde gelegt habe, beendet habe usw.“

Durch diese beiden Schreiben ist der Beweis erbracht, daß Herling eine Behörde mit der Unwahrheit einzulisten versuchte, um damit seinen persönlichen Haß gegen Philipp befriedigen zu können. Wir müssen schon sagen, wenn ein Arbeitgeber mit derartigen Mitteln gegen einen Führer der Arbeiter vorgeht, und sich bei der Behörde versucht als Unschuldengel hinzustellen, so hat er sich damit selbst gekennzeichnet und wird jeder ehrlich und gerecht denkende Mensch sich von ihm abwenden müssen. Denn: „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht, und wenn er gleich die Wahrheit spricht.“

Parteiversammlung.

Seute abend findet eine Parteiversammlung im „Auerhahn“, Schützenstraße 58, statt. Die Tagesordnung ist ebenfalls wie jene der beiden letzten Versammlungen vor 8 und 14 Tagen. Es wird der Bericht vom badischen Parteitag gegeben, ferner findet die Neuwahl der Preskominmission und die Wahl der Revisoren statt. Eine zahlreiche Beteiligung der Genossen und Genossinnen ist also sehr zu wünschen.

Eine Bezirksversammlung für die Weststadt fand gestern abend in der „Stadt Dresden“ statt. Die Versammlung war sehr gut besucht. Gen. Trinks erstattete den Bericht vom Parteitag, an den Bericht schloß sich eine eingehende Diskussion. Wir werden über diese Versammlung, sowie über jene in Rippurr, die am Dienstag stattfand, morgen im Zusammenhang mit der heutigen Versammlung im „Auerhahn“ berichten.

Was lange währt, wird hoffentlich, endlich gut. Wie der letzte Stadtratsbericht meldet wurde das Straßenbahnamt ersucht, ein Projekt samt Kostenschlag für die Verlängerung der städtischen Straßenbahn von der Tullastraße (dem Bahnhof der Straßenbahn am) über den Tulla-Platz, die Rintheimer-Straße bis zum ehemaligen Rintheimer Rathaus auszuarbeiten und vorzulegen. — Der Wunsch unserer Mitbürger von Rintheim ist also endlich einen Schritt seiner Erfüllung näher gekommen.

Errichtung einer Häufertasse. Der Stadtrat hat beschlossen wegen Errichtung einer „Häufertasse der Stadt Karlsruhe“ Vorlage an den Bürgerausschuß zu erstatten. Die Kasse hat den Zweck, die Bautätigkeit in der Stadt, insbesondere die Erstellung von Klein- (1-4 Zimmer-) Wohnungen durch Gewährung hypothekarisch gesicherter verzinslicher Darlehen (unter gewissen Voraussetzungen bis zu 80% der Schätzung) zu fördern. Auch soll mit dieser neuen Einrichtung ermöglicht werden, I. Hypotheken auf bestehende Bauten in reichlicherem Maße flüssig zu machen, als dies bisher mit Hilfe der Sparkasse und der unter Verwaltung der Stadt stehenden Stiftungen möglich war. Die Verwaltung der Kasse soll der städtischen Sparkasse übertragen werden. Wir hoffen, daß diesem ersten Schritt bald der zweite folgen wird und die Stadt alsbald den Bau von Kleinwohnungen selber in die Hand nimmt.

Generalversammlung der „Badenia“. Der „Bad. Presse“ wird aus Offenburg, 24. Juni, gemeldet: „In der gestern stattgefundenen Generalversammlung der Badenia L.-G. in Karlsruhe, in deren Verlauf das Hauptorgan der badischen Zentrumspartei, der „Bad. Beobachter“, erscheint, teilte der Vorsitzende des Aufsichtsrats mit, daß der Vorstand der Gesellschaft, Herr Direktor Basler, seine Kündigung eingereicht habe. Die in der äußerst stürmisch verlaufenen Versammlung vorgenommene Neuwahl des gesamten Aufsichtsrats ergab für einzelne Aufsichtsräte, darunter den Vorsitzenden, Herrn Weinländer F. F. Geppert, nur eine knappe Majorität von 32 gegen 27 Stimmen.“ Herr Basler ist seit etwa 2 Jahren Direktor des Verlags.

„Die politische Lage“

lautet das Thema, das Reichstagsabg. Phil. Scheidemann-Berlin in den Donnerstag, den 2. Juli, im „Colosseum“ und „Kühlen Krug“ : : : : stattfindenden : : : :

Deffentl. Volksversammlungen

behandeln wird.

Einwohner Karlsruhes und der Vororte! Kampf gegen die Arbeiterschaft, so lautet gegenwärtig der Schlußruf der Regierenden. Kampf gegen die Arbeiterfänger! Kampf gegen die Gewerkschaften! Kampf gegen die Arbeiter-Sportvereine! so erschallt im ganzen Reiche. Die Reaktion will der freiheitlichen Entwicklung des Volkes mit Gewaltmaßregeln ein Ende machen. Ein williges Werkzeug findet das Junker- und Ausbentertum in der Reichsregierung und in den bundesstaatlichen Regierungen. Ihnen bangt um ihre Macht und deshalb bläst man zum Kampfe gegen die Bewegung, die dem entrechteten, unterdrückten und ausgebeuteten Volke Anerkennung und Gleichberechtigung verschaffen will. — Die Machthaber sollen uns aber gerüstet finden.

Sie werden auf Granit stoßen, wenn die Arbeiterschaft und das freiheitlich denkende Volk sich zusammenschließen zur Abwehr.

Auf in die Versammlungen so muß es nächsten Donnerstag heißen: Auf in den „Kühlen Krug“, auf ins „Kolosseum“!

Kochschule zur Ausbildung von Kochgehilfinnen. Der Bad. Frauenverein (Abteilung Mädchenfürsorge) hat im Jahre 1913 mit Unterstützung der Stadtgemeinde im 1. Stock des Hauses Kriegsstraße 48 eine Kochschule eingerichtet, in welcher Mädchen im Alter von 17, mindestens aber 16 Jahren, mit geringem Kostenaufwand eine gute Ausbildung im Kochen und Hauswirtschaft erhalten, die sie zur Übernahme einer Dienststelle als Köchin befähigt. Die Dauer eines Kurzurses wurde seiner Zeit auf 6 Monate und die Zahl der Schülerinnen auf 12 festgesetzt. Zur Zeit findet der 3. Kurs statt. Auf Grund der bis jetzt gemachten Erfahrungen beabsichtigt der Bad. Frauenverein, die Kursdauer von 6 auf 4 Monate zu kürzen, so daß im Laufe eines Jahres 3 Kurse (statt bisher 2) veranstaltet werden können und dadurch eine größere Zahl von Mädchen der Wohlthat der Kochschule teilhaftig wird. Der Stadtrat erteilt hierzu seine Zustimmung.

Straßenbahn nach Knielingen und Maxau. Das städtische Straßenbahnamt legte dem Stadtrat in seiner letzten Sitzung das Projekt für eine Straßenbahnlinie nach Knielingen (abzweigend an der Rhein- und Dornellstraße) und für die spätere Verlängerung der Bahn nach Maxau vor. Die Anlagekosten sind — ohne die Kosten des Geländeerwerbs — für die Bahn nach Knielingen auf 210 000 M., für die Bahn nach Maxau auf 225 000 M., insgesamt somit auf 435 000 M. veranschlagt. Nach Meinung des Straßenbahnamts sind für die Durchführung des Betriebs jährlich 18 000 M. zuzulegen. Der Stadtrat ersucht das Straßenbahnamt, zunächst noch festzustellen, inwieweit und mit welchen Kosten die Erwerbung von Privatgelände für die Bahn notwendig ist.

Essentielle Prüfungen des Münchener Konservatoriums. Das Schuljahr 1913-14 nimmt durch die öffentliche Prüfungsversuche seinen Abschluß. Diese finden, wie alljährlich, wieder im großen Eintrachtsaal statt. — Eingeleitet wurden die diesjährigen Versuche durch Darbietungen der A n f a n g s- und M i t t e l k l a s s e n am Nachmittag und durch eine konzertähnliche Veranstaltung der Oberklassen am Abend des letzten Montags. Das reichhaltige Mittagsprogramm legte von den Fortschritten der eifrigen Musikbesessenen auf ihren hauptsächlichsten Instrumenten (Klavier und Violine) das beste Zeugnis ab und ließ erkennen, mit welcher Gründlichkeit von Herrn Direktor F. h. M u n z und seinem befähigten L e h r e r f ö r p e r die Pflege des Musikstudiums bei den Kleinen und Kleinsten gefördert wird. Besonders die Violin- und Violin-Ensembleklasse unter Herrn S c h u l z bot im Zusammenspiel sehr beachtenswerter. — Das Abendprogramm wurde mit zwei Sätzen von Weber's „Marinettenkonzert“ (Orchesterbegleitung) recht wirksam eröffnet. Dabei erwies sich A d o l f H e u j e r in der Behandlung seines Musikinstrumentes als völlig ausgeübt und sicher. Der zweite Satz zeichnete sich durch breite, schöne Klangfarbe und feineren Klang aus und beim 3. Satz imponierte die leichte technische Lösung des figurierten Themas, sowie die klar präzipierte Trillerbehandlung. Etwas zaghaft und daher wohl auch nicht immer tief vertieft genug kamen die vier kleinen Klavierstücke aus Bauers „Allotria“ durch E r n a M ü l l e zum Vortrag. Hermann Lindemann, ein Weidacher-Schüler, trat erstmals als Tenorist vor die Defensivität. Mit Stolzing's „Am stillen Herd“ aus den Meisterfingern legte er eine vielversprechende Probe seiner starken Begabung ab. Lindemann's Stimme ist wohlklingend, von angenehmer Klangfarbe und konnte in befriedigendem Maße antworten. Chopin's „Nocturno“ (H) und Liszt's „Polonaise“ (E) wurden von F r i z G o s e i d l e n mit lippiger Tonfülle und großer Linienführung interpretiert. Godard's „Pereuse“ sang F r i e d r i c h S c h ü r c h mit glänzender, reiner Sopranstimme. Die obligate Violine wurde von W i l h W a g e n a n n bezeugt durchgeführt. Des Klavierparts entledigte sich Herr Leh-

rer Sartori in feinsinnig, diskreter Weise. Einen schönen Genuß bot W i l h W a g e n a n n mit der wohl vorbereiteten und glücklich erfaßten Wiedergabe von Beuztemp's „Ballade und Polonaise“ für Violine. Besonders war die letztere von raffinem Schmelz und natürlichem Temperament belebt und wurde auch technisch mit großer Sicherheit bewältigt. Einen gediegeneu Abschluß des Abends bildete das sehr lobenswerte Spiel F r a m a S t e i n m a n n s beim 1. Satz des „Klavierkonzerts (A)“ mit Orchester von Mozart. Ein erfolgreiches Beitreben, dem klassischen Stil nahe zu kommen und ein ausdrucksvoller Anschlag, gepaart mit gründlicher Durchbildung, dürften Vorzüge dieser Prüfungsleistung gewesen sein. Die Orchesterbegleitung lag in den sichereren Händen des Herrn Kapellmeisters C a s s i m i r. W. Sch.

Operntheater. Am Dienstag, 30. Juni, wird bei aufgehobenem Abonnement zu ermäßigten Preisen Bizet's „Carmen“ aufgeführt. Vorverkauf für die Abonnementsplätze am Freitag, 26. Juni, vormittags 9 bis halb 11 Uhr, C. A. B.; allgemeiner Vorverkauf von Freitag, 26. Juni, nachmittags 3 Uhr an. Von Samstag, 27. Juni, vormittags 9 Uhr an werden für diese Vorstellung an der Vorverkaufsstelle des Hoftheaters keine Vorverkaufsbüchlein erhoben.

Ein Goldschmiedeprozess spielte sich vor der hiesigen Strafkammer am Dienstag ab. Auf der Anklagebank saß der Presser Johann Gottfried Neuber aus Birkenfeld bei Forstheim wegen gewerksmäßiger Diebstahl. Der Angeklagte hatte sich in den letzten Jahren durch verschiedene Zuträger Gold und Goldabfälle verschafft und diese verkauft. Ueber den Erwerb dieses Edelmetalls konnte sich N. nicht ausweisen; es war eben geschehen. Das Urteil lautete auf 5 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust.

Aus Unfug wurde gestern nachmittags der Feuerwehler in der Südbodenstraße mittelst Schlüssel geöffnet und die Feuerwache alarmiert. Der Täter ist nicht bekannt. Verkehrshöflichkeit. Gestern vormittag erlitt der Straßenbahnverkehr auf der Strecke Mühlburger-Abenhausen eine vorübergehende Unterbrechung, weil bei der Fortfahre ein Wägelwagen mit den Hinterrädern zwischen den Gleisen der kurzzeit aufgeschraubten Bahnbauwerke stecken geblieben war.

Veranstaltungen.

Künstlerkonzert im Stadtpark. Die Stadtparkkommission hat für Freitag, 26. ds. Mts., abends, das Künstler-Baldhorn-Quartett des Kgl. Hoftheaters zu Cassel zu einem Gastspiele im Stadtpark anzuordnen. Das Quartett, bestehend aus den Herren Kgl. Kammermusikern Pradol, Siebert, Schmidt und Fröhlich, sowie dem Cornet- & Rifflon-Tuofen Herrn Zahn, gilt als eines der besten Quartette. Seine vorzüglichen Leistungen sind in der auswärtigen Presse lobend hervorgehoben worden. Die Vorträge des Quartetts sind umrahmt von Musikstücken unserer vortrefflichen Artilleriekapelle Nr. 14, jedoch den Besuchern des Abends ein letzter Kunstgenuss bevorsteht. Die Eintrittspreise sind die üblichen. Bei ungünstigem Wetter wird die Veranstaltung im kleinen Festhallaal stattfinden.

Sommerfest im Sonnenbad. „Geh aus, mein Herz, und suche Freud in dieser schönen Sommerzeit.“ Diese Dichtersprüche möchte der Naturheilverein auch seinen 800 Mitgliedern zurufen, wenn er sie zum Sommerfest in sein Sonnenbad einlädt. Sommer und Sonne, Freude und Festesitimmung — das alles paßt ja so gut zusammen. Wie ganz anders feiert sich vor dem lieben Angesicht unserer guten Mutter Sonne, als im dumpfen, stickigen Saale! Und wenn die Musik ihre frohen Reizen erschallen läßt, die ja selbst noch jung sind — wenn fröhliches Spiel und munterer Ederz, sorgloser Liebesmut und harmlose Schalkhaftigkeit — kurz alle Sonnenkiner des Menschengemütes ihre Herrschaft ausüben, da muß Jedem, auch dem Grissgrämigsten, dem Geplagtesten, die Erkenntnis aufgehen: Es ist doch eine Lust, zu leben und sich des Lichtes und des Lachens zu erfreuen. Auch der liebe Leib soll keinen Mangel leiden, wenn auch den Herrschern Wadus und Cambrinus der Eintritt verweigert bleibt. Darum auf zum Sommerfest ins Sonnenbad am Dammersiedweg hinter dem neuen Hauptbahnhof am 28. Juni, nachmittags 3 Uhr! Die Angelegenheiten des Abends. Wege der Wettergott uns gnädig sein, damit das Fest nicht verschoben werden muß.

Neues vom Tage.

Wiederrück, 19. Juni. Unter großem Andrang des Publikums begann heute vormittag vor dem Schöurgericht die Verhandlung gegen den Arbeiter Paul Ludwig, der der Ermordung des Gendarmen Krieger angeklagt ist. Der aus Tarnobitz stammende Ludwig war seinerzeit verhaftet worden, konnte aber wieder entfliehen. Als ihn später der Gendarm Krieger in Jodgrün traf und ihn festnehmen wollte, gab Ludwig vier Revolverkugeln ab, durch deren einen der Gendarm tödlich verletzt wurde. Der Angeklagte bestreitet die Missethat; er habe lediglich Schreckschüsse abgeben wollen, um entfliehen zu können.

Große Unterschlagung im Kloster. Hamburg, 21. Juni. Unterschlagungen in Höhe von 90 000 Mark hat sich der Klosterkassierer Neher des St. Johannis-Klosters zu Schulden kommen lassen. Es handelt sich um Gelder milder Stiftungen. Die Unterschlagungen liegen schon Jahre zurück, und wurden bei einer Kassenaufrechnung entdeckt. Neher will das Geld in seinem Hausstand verbraucht haben.

Mordtat. Loebenstein (Neuh.), 22. Juni. In dem benachbarten Mittersdorf schlug heute früh die 50 Jahre alte Gutsbesitzerin Luise ihrem Ehemann im Bett mit einer Art des Schädels ein. Darauf begab sie sich zu der in der Wodenammer schlafenden 16 Jahre alten Tochter und schlug dieser ebenfalls mit der Art des Schädels ein. Beide waren sofort tot. Die Frau machte sodann auf dem Trockenboden ihrem Leben durch Erhängen ein Ende.

Zum Tode Thormann. Neu-Strelitz, 19. Juni. Wie die „Landeszeitung“ für beide Mecklenburg erzählt, ist in den letzten Tagen die Voruntersuchung gegen den Kösliner Erbgründermeister Alexander alias Thormann zum Abschluß gelangt. Der Fall Thormann ist dem Schwurgericht Köslin zur Aburteilung für die September-Schwurgerichtsperiode überwiesen. Gegen den Erbgründermeister ist aufgrund von nicht weniger als 11 Paragrafen des Strafgesetzbuchs das Hauptverfahren vor dem Schwurgericht beantragt worden. Eine Anklage wegen Mordes befindet sich unter den Anklagepunkten nicht.

Eine Kirche durch Blitzschlag vernichtet. Stendenburg a. d. S., 23. Juni. In Kehn (Havel) schlug heute nacht ein Blitz in die Kirche. Diese brannte gänzlich nieder.

Baunfall. Berlin, 24. Juni. Im Neubau des Luisenstädtischen Gymnasiums in der Pfander Straße stürzte heute nachmittags eine Decke ein und begrub eine Anzahl Arbeiter unter den Steinen und Mörtelmassen. Die Feuerwehr barg bis gegen 3 Uhr nachmittags 5 Schwerverletzte.

Hiesigerunfall. Schwerin, 24. Juni. Oberleutnant Köhler, der bereits beim Prins Heinrich-Krug einen schweren Unfall erlitt, wobei sein

Blugoff, Leutnant Rohde, getötet wurde, ist gestern bei Görrie...

Postbeamtenausstand in Paris.

Paris, 24. Juni. Im Postbetrieb sind große Schwierigkeiten zu verzeichnen. Heute früh konnten nur...

Paris, 24. Juni. Heute mittag kam es kurz nach 1 Uhr zu einem unbedeutenden Handgemeine zwischen...

Paris, 24. Juni. Der Streik der Postbeamten hat in letzter Minute, als man noch überlegte, ob die Räumung...

Paris, 24. Juni. Der Streik der Postbeamten hat in letzter Minute, als man noch überlegte, ob die Räumung...

Zur Lage in Albanien.

Durazzo, 24. Juni. Heute mittag läuft der den Aufständischen von der albanischen Regierung gewährte Waffenstillstand ab...

Letzte Nachrichten.

Zum Kapitel Soldatenmißhandlungen.

Freiburg, 24. Juni. Vor dem Kriegsgericht der 29. Division in Freiburg i. Br. hatten sich eine Anzahl Soldaten der 11. Kompagnie des in Freiburg garnisonierenden Infanterieregiments Nr. 113 wegen schwerer Mißhandlung des Musketiers Roginger zu verantworten...

Ordensschwindel und kein Ende.

Toulouse, 24. Juni. Die Staatsanwaltschaft in Toulouse hat gestern den Besuch einer Anzahl deutscher Justizbeamter empfangen, die beauftragt sind, eine Hausdurchsuchung in der Wohnung eines Bürgers in Toulouse, eines gewissen Jean Peres, vorzunehmen...

Chemnitz, 24. Juni. Für die Bekämpfung des Ordenschwindlers hat die Handelskammer Chemnitz an das sächsische Ministerium des Innern ein Schreiben gerichtet...

wenn er für das Rote Kreuz jenes Staates mehr als 5000 Mark zahle.

Herzog von Sachsen-Meiningen †.

Bad Wildungen, 24. Juni. Heute ist der Herzog von Sachsen-Meiningen, der im 88. Lebensjahre steht, gestorben.

Prozeß Wetterlé.

Colmar, 24. Juni. Vor dem hiesigen Landgericht fand heute die Berufungsbehandlung im Beleidigungsprozeß des Reichstagsabgeordneten Wetterlé gegen den Vorsitzenden des deutschen Behrervereines, General a. D. Rein statt...

Griechisch-türkischer Konflikt.

Konstantinopel, 24. Juni. Die türkische Regierung betreibt mit großem Eifer ihre militärischen Vorbereitungen, die sie infolge der drohenden Haltung Griechenlands für notwendig erklärt...

Briefkasten der Redaktion.

Nach Jöhlingen. 1. Ein badischer Pöbel hat 26 Kr. 2. Für die Jöhlinger Gegend war in früheren Jahrhunderten das alte Speyerische Maß üblich...

Beantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Letzte Nachrichten, Gewerkschaftliches und Soziales: Hermann Adel; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Durlach. (Freie Turnerschaft 1899. Die älteren Mitglieder und Turnfreunde, welche gesonnen sind, die Reueübungen der Altersriege, an unserem Turnplatz-Eröffnungsfest, nach mitzumachen, werden ersucht, am Freitag, 26. Juni, abends 7 1/2 Uhr, auf dem Turnplatz sich einzufinden zu wollen...

Wasserstand des Rheins.

Schutterinsel 3.06 m, gef. 2 cm, Rehl 3.79 m, gef. 8 cm, Maxau 5.72 m, gef. 2 cm, Mannheim 5.88 m, gef. 5 cm.

Oppenau.

Infolge Rücktritts unseres bisherigen Filialinhabers ist die Stelle zum 1. Juli ds. Js. neu zu besetzen. Geeignete Parteigenossen, welche auf den Posten reflektieren, wollen ihre Bewerbungen alsbald bei uns einreichen.

Karlsruhe, den 24. Juni 1914.

Verlag des „Volksfreund“ Luisenstraße 24.

Advertisement for Pfannkuch & Co. featuring various fruits like Kirschen, Erdbeeren, Bananen, Stachelbeeren, Johannisbeeren, and Heidelbeeren with prices.

Advertisement for Mieter- und Bau-Verein Karlsruhe, offering rental properties and building services.

Advertisement for Naturheilverein Karlsruhe, announcing a summer festival with music and dancing.

Advertisement for Consum-Verein Durlach, detailing membership fees and benefits.

Advertisement for Bucherer, selling Malta-Zwiebeln, Görzer Kartoffeln, and Boll-Seringe.

Advertisement for Bucherer, selling Schöne Hasen and other goods.

Advertisement for Fahrplanänderungen, listing train routes and schedules.

Advertisement for Kofferhaus, featuring travel bags, suitcases, and clothing.



Herren-Anzüge, Leinen-Joppen, Luster-Joppen, Hosen, Knaben-Anzüge, Blusen, Konfektions-Haus 'Merkur'.



Achtung!

Gebt auf alle Sommer-Sachen **20%** Rabatt.

- Anzüge, 1- u. 2-reihig von 9.25 bis 20.50
- Anzüge, Ersatz f. Mass, 1- und 2-reihig . . . 23.50 „ 45.—
- Mod. Beinkleider . . . 2.90 „ 8.50
- Gummi-Mäntel, wasserdicht garant. „ 13.— „ 26.50
- Bozener Mäntel, wasserdicht impräg. „ 8.50 „ 28.50
- Pelerinen, wasserdicht imprägniert . . . 5.50 „ 15.50
- Moderne Westen, einfarbig und bunt „ 2.50 „ 7.50

Grosse Auswahl in:

Kinder-Wasch- und Stoff-Anzügen
Hüte, Mützen, Kragen, Krawatten, Hosenträger, Einsatzhemden, Socken, Taschentücher, Normalwäsche, Regenschirme, Stöcke, abwaschbare Kragen und Garnituren, waschechte Garnituren 95 St., 75 St., gestrickte Kinder-Anzüge, Berufs-Kleidung.

Grosse Auswahl. — Reelle Bedienung.

Konfektionshaus Merkur

Inh.: G. Nathan 1880

nur in **Durlach** Ecke Haupt- u. Gritznerstraße

Achten Sie genau auf Firma „Merkur“ in Durlach.

Beachten Sie meine 7 Auslagen.

Sonntags geöffnet von 8-9 Uhr und von 11-2 Uhr.

Möchte meine werten Kunden aufmerksam machen, dass dieses Geschäft mein einziges in der ganzen Umgebung ist und zu keinem anderen Geschäft gehört.

Stadtgarten — bei schlechtem Wetter — kleiner Festhalle-Saal.

Freitag, den 26. Juni, abends 8 Uhr

Doppel-Konzert

der Artillerie-Kapelle Nr. 14

und des Künstler-Waldhorn-Ensembles des Kgl. Hoftheaters zu Cassel

der Herren Kgl. Kammermusiker Braichold, Siebert, Schmidt, Feldmann u. des Cornet- u. Pflöten-Virtuosen Herrn Karl Zahn

Leitung: Herr Musikmeister G. Ranzau.

Eintritt: { Inhaber von Jahreskarten und von Kartenbesitzern 30 St.
Sonnige Personen 60 St.
Soldaten und Kinder je die Hälfte.

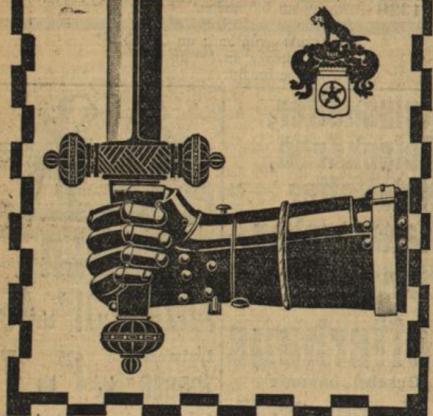
Musikprogramm 10 Pfg.

Die Musikabonnementskarten haben Geltung.

Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt.

„Volkschauspiel Dietlingen“

bei Pforzheim.



Göz von Berlichingen

von W. von Goethe.

Anfang 7/8 Uhr. Ende 1/7 Uhr.

Spielzeit vom 21. Mai bis Oktober.

Vorverkauf: Geschwister Moos, Kaiserstraße, Tel. 994.

G. Mehle, Marktplatz, Mühlburgertor, Kaiserpassage, Tel. 450.

Preise der Plätze: Fremdenloge 5 St., Loge 3 St., I. Platz 2 St., II. Platz 1.50 St., III. Platz 1 St., Stehplatz 50 St. Im Vorverkauf wird ein kleiner Aufschlag berechnet.

Züge ab Karlsruhe (Hauptbahnhof) 11.56 12.38 Uhr.

„ „ Brühl (Hauptbahnhof) 12.50 Uhr.

„ „ Brühl (Hauptbahnhof) 1.55 2.07 2.52 Uhr.

Rückfahrt: Dietlingen ab (nach Brühl über Pforzheim) 6.48 7.00 7.13 8.10 9.03 Uhr.

Pforzheim ab nach Karlsruhe 8.01 8.06 Uhr.

Dietlingen ab (Hauptbahnhof nach Karlsruhe) 7.00 7.56 Uhr.

Bestellungen auf Karten nimmt auch das Theaterbureau Dietlingen, Telefon 1152 entgegen.

Der Bahnhof der Albtalbahn ist von Pforzheim, Hauptbahnhof, mit der Städtischen Straßenbahn in 10 Minuten zu erreichen.

Sonder-Preise

Donnerstag, Freitag, Samstag

Teppiche, Gardinen

Decken

Kinder-Konfektion

Einmachgläser

1830

Hermann Tietz

Sozialdemokr. Verein Karlsruhe.

Donnerstag, den 25. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Auerhahn“, Schützenstraße 58.

Partei-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht vom badischen Parteitag; 2. Wahl der Preskominmission; 3. Wahl von Revisoren.

Wir erlauben um zahlreichen Besuch.

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein Aue

Sonntag den 28. Juni findet auf dem Turnplatz unser

Gartenfest

statt, wozu die Genossen nebst Familienangehörigen freundlichst eingeladen sind und bitten um rege Beteiligung.

Bei schlechter Witterung 8 Tage später.

Prinz-Bier
Karlsruhe

Möbel- und Polsterwaren

Kompl. Betten, Wohn-, Speise-, Herren-, Schlafzimmer u. Kücheneinrichtungen in nur dauerhafter Qualität bei großer Auswahl u. äusserst billigen Preisen.

Einige zurückgestellte erstklassige Speise- und Herrenzimmer weit unter reellem Preis.

Für Brautleute ganz besonders günstige Einkaufsgelegenheit. Auf Wunsch Teilzahlung gestattet.

Karl Eppe, Steinstr. 6 früher Kaiserstr. 19.

Tadellos billig und schnell
werden Sie bedient in der 1108

Färberei und chem. Waschanstalt

Telephon **D. Casch** Telephon 1953

2weitgrößtes und leistungsfähigstes Geschäft dieser Branche am Platz.

Filialen in allen Stadtteilen.

Mitgl. d. Rabatt-Sparvereins. Verlang. Sie Rabatmarken

Brückenbau.

Der Neubau einer hölzernen Brücke über die Federbach auf Gemarkung Mörsh — Wilschdammbrücke — samt dem Abbruch der alten Brücke soll vergeben werden.

Angebote sind verschlossen, mit entsprechender Aufschrift und unter Verwendung der besonderen Vorzüge spätestens bis

Freitag, den 10. Juli 1914

vormittags 10 Uhr

bei uns einzureichen. Bedingungen und Pläne können auf dem Tiefbauamt, Rathaus, Zimmer Nr. 116, eingesehen und dort auch Angebotsvordrucke erhoben werden.

1841
Karlsruhe, den 20. Juni 1914.

Städtisches Tiefbauamt.

Wegen vorgerückter Saison werden sämtliche

Restbestände in besseren

Herren-Kleiderstoffen 1545 enorm billig abgegeben. Sehr lohnend f. Wiederverkäufer.

Kaiserstraße 133, hoch über Kaiser- und Kreuzstraße.

Prima 1185 Dörrfleisch

soweit Vorrat

das Pfund 0.90

in ganzen Stücken

das Pfund 0.80

in allen Filialen erhältlich

Gebr. Henkel, Hofstr.

Berkaufe fortwährend gut

erhalt. Herren- und Frauenkleider, gut gemachte Schuhe, Stiefel in eigener Schuhmacherwerkst. 3970

Fran Streckfuß Durlacherstraße 79.

Wir beabsichtigen in Karlsruhe eine

Verkaufsstelle von Zigarren und Tabakfabrikaten

zu eröffnen und erbitten ausföhrl. diesbezügl. Offerten unter C. G. G. an die Expedition dieses Blattes.

1798

Städtisches Vierordtbad.

Gründlicher Schwimm-Unterricht

wird erteilt an Erwachsene und Kinder beiderlei Geschlechts.

Preis für Erwachsene 10 Mark.

Preis für Kinder 6 Mark.

Sommertheater.

Donnerstag, 25. Juni 1914 abends 8 1/2 Uhr 1838

3. Gastspiel des Herrn Josef Bröckel v. Theater a. d. Wien

Der lachende Chemann

Operette in 3 Akten von Ed. Eysler.

Residenz-Theater
Schillerstr. 22
ehemals **Metropol**

Mittwoch bis inkl. Freitag

von 7 bis 11 Uhr:

Kino-Kabarett

Reinhold Freyberg vom Intimen Theater in Frankfurt a. M.

Volks-Schuhreparatur

36 Waldhornstraße 36

Ede Marktgrafenstraße

früher Bähringerstraße 19.

liefert sämtliche Arbeiten in bester Laune guter Qualität.

Herren-Sohlen und Abfüge Mark 3.00

Damen-Sohlen und Abfüge Mark 2.10.

Auf jede Reparatur kann garantiert werden. 741

Weisse 1742

Röcke u. Blusen

zu jedem annehmbaren Gebot

Wilhelmstr. 34, 1 Et.

Spottbillig 1742

kaufen Sie neue und getragene Anzüge schon von 5 Mk. an,

Zoppen, Hosen von 1.50 Mk. an,

Damen- und Kinderkleider, H.-Anzüge v. 3 Mk. an, Schuhe, ca. 200 Paar, v. 1.—5 Mk. nur bei

Glötzer, Markgrafenstr. 3.

Engl. Bett mit Matrage u. Polster 50 Mk., halbfrauz. Bett mit Federb. 25 Mk., Kommode, Truenaug, Küchenschrank 15 Mk., pol. Schrank 25 Mk. 1821

Ludwig-Wilhelmstr. 18, Hof.

Sehr billig zu verkaufen: Schöne rote, Filischgarnitur 50 Mk., schöner Sekretär 40 Mk., kompl. gutes Bett 30 Mk., fast neuer 2 t. Schrank 20 Mk., etc. Kinderbett, Waschkommode, Nachttisch sehr billig Umlandstr. 12, part. 1844

Kinderliege- u. Sitzwagen (Wrennabor), gut erhalten, billig zu verkaufen.

Werderstr. 93, 4. Stod. r.

Kaiserstr. 87, Stb., 3. Et. möbl. Zimmer zu vermieten, auf 1. Juli. Angefehen von abends 6 Uhr.

Herrenrad, sehr stark, 35 Mk., zu verkaufen.

Fr. Hafner, Strichstr. 25, Stb.

Kochherd, gut erhalten, für 10 Mk. zu verkaufen.

Mdb. Kriegstr. 8, 4. St., r.

1 Herd 12 Mk., 1 Rühr- und sehr stark, 35 Mk., zu verkaufen. Offenweinstr. 43. 1844

Laubfuge-Maschine billig zu verkaufen.

Morgenstraße 22, 3. Et., 118

Die...
Bei...
bleiben...
Delbrück...
sagt ein...
ministe...
das nu...
Würden...
gar nie...
irgendw...
den dri...
Sozial...
die in...
halten...
Berfaff...
zur Be...
Handlu...
für die...
konser...
feit den...
rung je...
dem Zi...
seine A...
Strafve...
und pr...
nicht e...
Lage d...
Weil d...
Bejeler...
Die...
einiger...
besse je...
Delbrü...
„Genu...
Schluß...
werden...
über d...
das Ge...
den au...
werden...
ohne fü...
Wü...
dem ne...
v. Dem...
titel rü...
tag au...
Socher...
mit den...
geblieb...
die es...
also, w...
sagt m...
dem...
Straf...
Berfa...
hierve...
und...
jung...
sein...
in de...
desfü...
iner...
Die...
wird a...
überwo...
denken...
„Jedei...
Wagen...
b. Dem...
wie ge...
einer...
verfa...
den...
baren...
daß e...
Früch...
Ra...
Lewig...
Grund...
den R...
abzu...
ter au...
die M...
zu Fö...
wie h...
ist. Z...
als R...
Leutho...
werden...
der de...
reichen...
Reichs...